

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.

Erscheint jeden Donnerstag.  
Redaktionschluss Montag morgen 10 Uhr.

Inferionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

## Die christlichen Gewerkschaften an der Kette der Bischöfe!

Der von den christlichen Gewerkschaften sehnlichst erwartete Entscheid des Papstes im Streite um den Vorrang zwischen der „Berliner“ und der „Eölner“ Richtung (in welchem es sich darum handelt, ob rein katholische Fachvereinigungen oder interkonfessionelle Gewerkschaften die Billigung der Kirche finden sollen) ist nun gefallen. Er bringt, wie verschiedentlich vorausgesagt wurde, eine glatte Niederlage der „Eölner“, und eine katholische Korrespondenz fasst das Resultat sehr richtig in die Worte zusammen: „Ein großer Sieg der Berliner und ein schwerer Schlag gegen München-Gladbach!“

Bei der Wichtigkeit des päpstlichen Entscheides für die christliche deutsche Gewerkschaftsbewegung — seine Folgen werden sich in absehbarer Zeit unzweifelhaft nur zu deutlich zeigen — halten wir es für angebracht, den Wortlaut desselben, wie er in der deutschen Uebersetzung nunmehr vorliegt und in einem Zentrumsorgan veröffentlicht wurde, trotz seiner Länge vollständig wiederzugeben. Er ist vom 24. September datiert, an den Bischof von Breslau, Kardinal Georg Kopp, gerichtet und nach der üblichen Begrüßung der andern deutschen Kirchenfürsten heißt es:

Benutzen von besonders liebevoller und wohlwollender Gesinnung gegen die Katholiken Deutschlands, die in größter Treue und Folgsamkeit diesem Apostolischen Stuhle ergeben, hochherzig und tapfer für die Kirche zu kämpfen gewohnt sind, fühlen Wir Uns getrieben, Ehrwürdige Brüder, alle Kraft und Sorgfalt auf die Erörterung jener Streitfrage zu verwenden, die unter ihnen hinsichtlich der Arbeitervereinigungen besteht, eine Streitfrage, über die schon öfter in den lektverfloßenen Jahren sowohl mehrere von Euch, wie auch urteilsfähige und angesehene Männer beider Richtungen Uns unterrichtet hatten. Und um so eifriger haben Wir Uns die Sache angelegen sein lassen, weil Wir im Bewußtsein Unseres Apostolischen Amtes als Unsere heilige Aufgabe es erkennen, dahin zu streben und zu wirken, daß diese Unsere geliebten Söhne die katholische Lehre unverfälscht und unverfehrt bewahren und in keiner Weise zulassen, daß ihr Glaube in Gefahr gerate. Denn wenn sie nicht zeitig zur Wachsamkeit angeregt würden, so würden sie offenbar in Gefahr schweben, allmählich und wie unersehens mit einer verschwommenen und unbestimmten Art von christlicher Religion sich zu begnügen, die man interkonfessionell zu nennen pflegt, und die auf eine inhaltlichere Empfehlung eines allgemeinen Christentums hinausläuft, während doch offenbar nichts so sehr dem Lehrworte Jesu Christi widerspricht als sie. Dazu kommt, daß Wir, entsprechend Unserem sehnlichen Wunsche, unter den Katholiken die Eintracht zu fördern und zu festigen, alle Anlässe zu Zwistigkeiten beseitigen wollen, die die Kräfte der Gutgesinnten zersplittern und dadurch nur den Feinden der Religion von Nutzen sein können; ja Wir wollen und wünschen überdies, daß die Unrigen mit den nicht-katholischen Mitbürgern jenen Frieden pflegen, ohne den weder die Ordnung der menschlichen Gesellschaft noch die Wohlfahrt des Staates bestehen könnte. Wenngleich aber, wie gesagt, der Stand dieser Frage uns bekannt war, so hielten Wir es doch für gut, bevor Wir ein Urteil über sie aussprachen, die Ansicht eines jeden von Euch, Ehrwürdige Brüder, einzuholen; und auf Unsere Fragen habt Ihr eingeln mit jener Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt geantwortet, die der ernststen Bedeutung der Sache entsprach.

Demgemäß erklären Wir es zunächst als die Pflicht aller Katholiken, als eine im Privatleben ebenso wie im gemeinsamen und öffentlichen Leben heilig und unverletzt zu befolgende Pflicht, mit Entschiedenheit festzuhalten und ohne Scheu zu bekennen die vom Lehramte der katholischen Kirche dargelegten Grundsätze der christlichen Wahrheit, namentlich jene, welche unser Vorgänger mit höchster Weisheit in der Enghkita Rerum novarum auseinandergesetzt hat und denen, wie Wir wissen, ganz besonders die Bischöfe Preußens, die im Jahre 1900 in Fulda versammelt waren, bei ihren Beratungen gefolgt sind, und deren Grundgedanken Ihr selbst in Euren Antwortschreiben über diese Frage zusammengefaßt habt.

Nämlich: Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die

übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insofern sie gut oder Eß in sittlicher Hinsicht sind, das heißt insofern sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramente der Kirche unterworfen. — Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, sofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern. — Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetze und vom Standpunkte der Religion selbst gelöst werden muß.

Was nun Vereinigungen von Arbeitern anlangt, so sind, wenngleich ihre Aufgabe darin besteht, ihren Mitgliedern irdische Vorteile zu verschaffen, doch am meisten zu billigen und unter allen für den wahren und dauernden Nutzen der Mitglieder als bestgeeignete jene Vereinigungen anzusehen, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als Führerin offen folgen; was Wir selbst mehrmals bei gelegentlichen Anfragen aus verschiedenen Ländern erklärt haben. Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen andern Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen. Handelt es sich aber um Vereinigungen, die das Gebiet der Religion und der Sittlichkeit direkt oder indirekt berühren, dann wäre es in keiner Weise zu billigen, in den eben erwähnten Gebieten gemischte Vereinigungen fördern und verbreiten zu wollen, das heißt solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammensetzen. Denn, abgesehen von andern, befinden sich bei derartigen Vereinigungen die Unrigen oder können sich doch sicherlich befinden in großen Gefahren für die Reinheit ihres Glaubens und den gebührenden Gehorsam gegen die Gebote und Vorschriften der katholischen Kirche; Gefahren, auf welche auch Ihr, Ehrwürdige Brüder, in mehreren Eurer Antworten über diese Frage offen, wie Wir gelesen, hingewiesen habet.

Wir spenden also allen und jeden in Deutschland bestehenden rein katholischen Arbeitervereinigungen mit Freuden alles Lob und wünschen allen ihren Bestrebungen zum Wohle der Arbeiterbewegung glücklichen Erfolg und erhoffen für sie ein immer erfreulicherer Wachstum. Indes, wenn Wir dies sagen, leugnen Wir nicht, daß es den Katholiken zuteil, zur Erhaltung besserer Lebensverhältnisse für die Arbeiter, billigerer Bedingungen für Lohn und Arbeit oder zum Zwecke anderer berechtigter Vorteile gemeinschaftlich mit Nichtkatholiken, unter Anwendung von Vorsicht, für ihre gemeinsamen Interessen zu arbeiten. Um dieses Zweckes willen sehen wir es lieber, wenn die katholischen und nichtkatholischen Vereinigungen sich miteinander verbinden mittels jener zeitgemäßen neuen Einrichtung, die man Kartell nennt.

In dieser Hinsicht nun, Ehrwürdige Brüder, erbitten nicht wenige von Euch, es möchte Euch durch Uns erlaubt werden, die sogenannten christlichen Gewerkschaften, wie sie heutzutage in Euren Diözesen bestehen, zu dulden, weil sie einerseits eine bedeutend größere Zahl von Arbeitern in sich schließen als die rein katholischen Vereinigungen, und weil andererseits es große Nachteile nach sich ziehen würde, falls dies nicht gestattet würde. Diesem Ersuchen glauben wir mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland entgegenkommen zu sollen, und Wir erklären, es könne geduldet und den Katholiken gestattet werden, auch jenen gemischten Vereinigungen, wie sie in Euren Diözesen bestehen, sich anzuschließen, solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein. Dabei müssen jedoch geeignete Vorsichtsmaßregeln zur Fernhaltung der Gefahren angewendet werden, welche, wie gesagt, derartigen Vereinigungen anhaften. Die hauptsächlichsten dieser Vorsichtsmaßregeln sind folgende: An erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische Ar-

beiter, die Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich jenen katholischen Vereinigungen angehören, welche unter der Bezeichnung „Arbeitervereine“ bekannt sind. Falls sie aus diesem Grunde irgendein Opfer, zumal an Geld, bringen müssen, so sind Wir überzeugt, daß sie bei ihrer Sorge um die Reinerhaltung ihres Glaubens dies bereitwilligst tun werden. Denn wie sich erfreulicherweise gezeigt hat, vermögen diese katholischen Arbeitervereine unter Mitwirkung des Klerus, durch dessen Führung und wachsame Leitung, sehr viel, um die Unverfälschtheit des Glaubens und die Reinheit der Sitten bei ihren Mitgliedern zu schützen und den religiösen Geist durch häufige Uebung der Frömmigkeit zu nähren. Deshalb werden die Leiter solcher Vereine mit klarer Einsicht in die Zeitbedürfnisse ohne Zweifel bereit sein, namentlich bezüglich der Pflichten der Gerechtigkeit und Liebe, die Arbeiter in jenen Geboten und Vorschriften zu unterweisen, deren genaue Kenntnis ihnen notwendig oder nützlich ist, um an den Gewerkschaften in rechter Weise und nach den Grundsätzen der katholischen Lehre sich beteiligen zu können.

Ferner ist es notwendig, daß die Gewerkschaften, damit sie so sind, daß die Katholiken ihnen beitreten können, von allem sich fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche wie der zuständigen Obrigkeit nicht in Einklang steht; ebenso ist alles in Schriften oder Reden oder Handlungen zu meiden, was aus diesem Gesichtspunkt tadelnswert ist. Darum mögen die Bischöfe es als ihre heilige Pflicht ansehen, sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken aus der Anteilnahme an ihnen kein Schaden erwächst. Die katholischen Mitglieder selbst aber sollen niemals zulassen, daß die Gewerkschaften, auch als solche, in der Sorge für die weltlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder sich zu Lehren bekennen oder Handlungen unternehmen, die irgendwie den vom obersten kirchlichen Lehramte verkündeten Vorschriften, zumal den oben erwähnten, widersprechen. Deshalb sollen, so oft Fragen auftauchen über Dinge, die die Sitten berühren, das heißt Fragen über Gerechtigkeit oder Liebe, die Bischöfe mit größter Aufmerksamkeit wachen, damit die Gläubigen die katholischen Sittenlehren nicht außer acht lassen und auch keinen Finger breit von ihr abweichen.

Wir sind überzeugt, Ehrwürdige Brüder, daß Ihr für die gewissenhafte und genaue Befolgung dieser Unserer Anordnungen Sorge tragen und über eine Angelegenheit von so großer Bedeutung sorgfältig und fortlaufend Uns berichten werdet.

Weil Wir nun aber diese Angelegenheit an Uns gezogen haben und das Urteil über sie, nach Anhörung der Bischöfe, Uns zustehen muß, so ergeht hiermit an alle gutgesinnten Katholiken Unsere Weisung, von nun an sich jedes Streites unter sich über diese Sache zu enthalten, und Wir hegen das Vertrauen, daß sie durch brüderliche Liebe und vollkommenen Gehorsam gegen Uns und gegen ihre Oberhirten vollständig und freudig das ausführen, was Wir befehlen. Sollte unter ihnen noch irgendeine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den Apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird.

Noch eins erübrigt, was aus dem bisher Gesagten leicht zu entnehmen ist. Wie es einerseits niemand verstatet wäre, eines verdächtigen Glaubens diejenigen zu bezichtigen und unter solchem Vorgehen diejenigen anzufinden, die standhaft die Lehren und Rechte der Kirche verteidigen, jedoch aus gutem Grunde den gemischten Gewerkschaften dort beigetreten sind oder beitreten wollen, wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorsichtsmaßregeln zuzulassen, so wäre es andererseits als höchst verwerflich zu tadeln, die rein katholischen Vereinigungen feindselig zu befehlen — diese Art von Vereinigungen muß im Gegenteil auf jede Weise unterstützt und gefördert werden — und zu verlangen, daß die sogenannten interkonfessionellen Vereinigungen eingeführt werden, und sie gleichsam aufzudrängen, sei es auch unter dem Vorgeben, daß alle katholischen Vereinigungen in den einzelnen Diözesen nach einer und derselben Form einzurichten seien.

Indem Wir nun dem katholischen Deutschland den Wunsch aussprechen, daß es große Fortschritte im religiösen wie im bürgerlichen Leben machen möge, erleben Wir, damit dies glücklich sich erfülle, dem geliebten deutschen Volke die besondere Hilfe des allmächtigen Gottes und den Schutz der jungfräulichen Gottesmutter, die selbst die

# Die große Wirkung unserer letzten Agitations- und Demonstrationsversammlungen für die Bäcker und Konditoren muß jedes einzelne Mitglied anspornen, jetzt die Agitation von Mund zu Mund noch ganz energisch weiter zu betreiben. Die bisher indifferente Kollegenschaft ist gegenwärtig aufgerüttelt!

Königin des Friedens ist, und als Unterpfand der göttlichen Gnadengaben sowie als Erweis Unseres ganz besonderen Wohlwollens erteilen Wir Euch, geliebter Sohn und Ehrwürdige Brüder, Eurem Volke in größter Liebe den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 24. September 1912, im zehnten Jahre Unseres Pontifikates.

Papst Pius X.

Die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften sollen also nur noch geduldet werden. Man beargwöhnt sie aber auf das höchste und ihre gängliche Verdammung wird nur aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen nicht ausgesprochen. Noch sind die christlichen Gewerkschaften zu stark, die rein katholischen Fachvereine dagegen zu schwach verbreitet, als daß der Papst, wie er es gern tun möchte, mit ersteren ganz aufräumen könnte. Aber sie werden jetzt nur noch unter gewissen Vorbehalt zugelassen und unter Kontrolle der Bischöfe gestellt, die dafür sorgen sollen und sorgen werden, daß alle Handlungen in Einklang mit ihren direkten Weisungen stehen. Wenn auch nach dem Studium des römischen Sendschreibens ein naiver Mensch darüber im Zweifel sein sollte, was dies zu bedeuten hat, so braucht er nur an das Wort des Bischofs von Regensburg zu denken: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Die Kirchendiener sind heute wie früher die Diener der herrschenden Klassen und der Entscheid Pius X. hat nur den Zweck, die deutschen Kapitalisten wenigstens vor einem Teil der Arbeiterschaft sicherzustellen.

Der praktische Erfolg der ganzen Aktion wird sich jedenfalls zuerst darin zeigen, daß man die „konfessionell katholischen Vereine“ sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gründet und auf jede Weise unterstützt. Und daraus ergibt sich in zwingender Logik, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften in all diesen Gegenden nicht mehr seitens der Kirche unterstützt werden und wenn sie sich einmal im Interesse ihrer Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiete regen wollen, so werden die Unternehmer nicht ermangeln, ihnen klar zu machen, daß „Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, wofür sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren dürfen, sondern untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern müssen.“

Wenn also 1908 auf dem Kongress in Zürich noch einer der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herr Schiffer, auszusprechen konnte: Hochwürdige Herren Bischöfe — bis hierher und nicht weiter! so heißt heute die Losung: Halt! Christliche Gewerkschaften — ihr habt auf die Befehle eurer Bischöfe zu warten, ob ihr euch bewegen dürft!

In der Hauptsache deckt sich diese antigewerkschaftliche Enzyklika mit den Beschlüssen der Bischofskonferenz in Fulda am 14. Dezember 1910. Dort wurde bereits verlangt, daß jedes katholische Mitglied der christlichen Gewerkschaften einem „kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeiterverein“ angehören müsse und daß sämtliche christlichen

Gewerkschaften bei ihren Beschlüssen und Handlungen genau die christlich-katholischen Grundsätze befolgen und das Urteil, ob ihre Organisation oder Wirksamkeit diesen Grundsätzen entspricht, allein dem kirchlichen Hirtenamte überlassen! Schon damals wurde demnach klipp und klar ausgesprochen, daß die christlichen Gewerkschaften in allen wichtigen Handlungen den Anordnungen des Klerus Folge zu leisten haben, und jetzt wenden sich die Bischöfe in einem neuen Rundschreiben bereits wieder an die Geistlichkeit, in dem es heißt: „Wir sind dem heiligen Vater innig dankbar, daß er durch seine höchste Autorität die Stimme der Bischöfe unterstützt hat und daß nunmehr bindende klare Richtlinien für die Haltung der katholischen Arbeiter von höchster Stelle geschaffen wurden.“

In Zukunft ist also gar nicht mehr daran zu denken, daß zum Beispiel die christlichen Bergarbeiter jemals wieder sich dazu aufraffen könnten, einen wirtschaftlichen Kampf gemeinsam mit der freien Gewerkschaft zu führen. Sie haben es ja schon bei dem letzten Vorstoß der Bergarbeiter nicht gedurft und mußten ihre Kameraden verraten. Jetzt können die Bergherren aber mit tölicher Sicherheit von vornherein darauf rechnen, daß sie jederzeit durch einige hingeworfene Brocken die Christen von einem aktiven Vorgehen abhalten werden.

Aber ob sich die Herren in den schwarzen Kutten nicht doch verrechnen? Sollten sich durch dieses Anziehen der Ketten nicht viele heute noch kirchlich gesinnte Arbeiter zu ernstem Nachdenken veranlaßt fühlen? Sollte es ihnen nicht vor allen in die Augen springen, daß in der Enzyklika wohl immer von Arbeitern die Rede ist, deren Glauben in Gefahr gerät, wenn sie mit Nichtkatholiken zusammen ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten wollen, daß aber an keiner Stelle des Schreibens von den Arbeitgebern die Rede ist, die doch samt und sonders in interkonfessionellen Interesseneinigungen zusammensitzen???

## Militarismus und Volksbildung.

Wie es mit der vielgepriesenen „Zivilisation“ der europäischen Staaten in Wirklichkeit aussieht, das kann man erst dann in voller Größe ermessen, wenn man den Aufwand dieser Staaten für die sogenannte Kriegsbereitschaft den Ausgaben für Volksbildung gegenüberstellt. Eine solche statistische Parallele ergibt dann ohne weiteres, daß diese europäischen „Kulturstaaten“ im Grunde genommen sich immer noch auf der Stufe niedrigster Barbarei bewegen.

Definieren wir zunächst in leichtverständlicher Weise die Begriffe Militarismus und Volksbildung. Unter Militarismus verstehen wir die faserenmäßige Ausbildung des Menschen im Waffengebrauch, um diese Waffen nicht etwa gegen wilde Tiere, sondern gegen seine gleichen anzuwenden. Dieser militärische Drill ist also nichts weiter als eine Vorübung zur Massenvernichtung blühender Menschenleiber. Und die Erfahrung lehrt — und der neueste Balkankrieg beweist es wieder — daß die, die es verstehen, eine solche Maserie gegen das Menschenleben recht erfolgreich zu betreiben, als „ruhmrächtige Helden“ gefeiert werden. Dabei kommt es nicht darauf an, auf welche Weise diese Abschachtungen vor sich gehen. Der Kampf der Helden des Altertums, die

Brust gegen Brust und von Angesicht gegen Angesicht kämpften, gehört aber heute ins Reich der Antike. In den heutigen „modernen“ Kriegen kommt es darauf an, möglichst viele Menschenleben zu vernichten. Das „Wie“ ist dabei nebensächlich. Ob es durch einen hinterlistigen Ueberfall, durch heimtückische Minen oder durch aus der Luft auf schlafende Heere ausgelegte Sprengmassen geschieht, oder ob man auf der Flucht befindliche Soldaten, die, um schneller laufen zu können, sich sogar ihrer Waffen entledigt haben, also völlig wehrlos sind, zu Tausenden hinterrücks niedermekelt — alles das ist gleich „heldenhaft“ und strategisch einfach „bewundernswürdig“. Der Meuchelmord, der im gewöhnlichen Leben als eines der verabscheuungswürdigsten Verbrechen empfunden wird, wird im „modernen“ Völkerrkriege zur gigantischen heroischen Tat, und je umfangreicher eine solche Mezelei vor sich gegangen ist und je mehr Menschenleben ihr zum Opfer gefallen sind, um so bewundernswürdiger und ruhmvoller wird die Tat des soldatischen Strategen, dem diese Massenabschlachtung von Menschenleben gelungen ist.

Das ist das Wesen des modernen Militarismus. Und was bedeutet nun Volksbildung? Die planmäßige, geistige Hebung der breiten Volksmassen durch Unterricht in allen Bildungsfächern, der, je ausgedehnter und gründlicher er betrieben wird, den Abstand zwischen Tier und Mensch, zwischen Barbarei und Zivilisation immer mehr erweitert und alle Menschen nicht nur zu tüchtigen und intelligenten, sondern auch wahrhaftig gebildeten und veredelten Lebewesen emporhilft. Das ist der generelle Zweck der Volksbildung. Er ist wahrhaft erhaben und dient dem Menschheitsfortschritt. Der Militarismus aber und dessen furchtbare Konsequenz, der Krieg, bedeutet nichts anderes als die Barbarei alter Zeiten, verschärft durch Geimtüde und Hinterlist. Kann es größere Extreme geben?

Und nun wollen wir uns die Summen vergegenwärtigen, die die „christlichen“ europäischen Staaten für Militarismus und für Volksbildung ausgeben. An den krassen Zahlenunterschieden soll ermessen werden, inwiefern denn eigentlich diese in falscher Umarmung sich zivilisiert nennenden Staaten einen Anspruch auf eine solche Ziehung haben.

Die 17 namhaften christlich-europäischen Staaten geben in Friedenszeiten insgesamt jährlich 6232 Millionen für Militärzwecke aus. Wohl gemerkt in Friedenszeiten. In Kriegszeiten würde sich die genannte Riesensumme zu den dann erforderlichen Aufwänden nur wie ein lumpiges Bettelgeld ausnehmen.

Und was geben dieselben Staaten für wahre Kultur, für die so notwendige Volksbildung aus? Etwas über den vierten Teil dessen, was sie in Friedenszeiten für den Militarismus ausgeben, nämlich 1450 Millionen! Und diese verhältnismäßig winzige Summe kommt bei weitem nicht dem wahren Volkunterricht restlos zugute! In dieser Summe sind noch enthalten die Aufwände für die Geistlichkeit, und die Mitglieder dieses Standes beziehen zum größten Teil recht ansehnliche Gehälter, manche von ihnen verfügen über Pfründen, um die sie ein fürst beneiden möchte. Der Nazarener wußte seinerzeit allerdings nicht, wo er sein Haupt hinlege, die heutigen Verkünder seiner erhabenen Lehre aber lassen es sich schon hier auf Erden gut sein und betrachten jedenfalls ihr irdisches gutes Leben auf Kosten der Allgemeinheit als himmlische Vorsehungsflorbeeren.

Und merkwürdig: Wenn man ins Einzelne geht, dann findet man, daß die „frommsten“ Staaten, in denen die kirchliche Orthodoxie noch unbestrittene Triumphe feiert, am wenigsten für die Volksbildung ausgeben. Hier scheint das kriegerische Interesse die größte Oberhand zu

## Die Bedeutung der Entwicklungstheorie für unsere Naturanschauung.\*

Jeder, der sich einmal vorgenommen hat, das Leben der heutigen Kulturvölker in allen seinen verwinkelten Neuperungen mit dem Leben derselben Völker in der „guten alten Zeit“, etwa im Mittelalter, zu vergleichen, der findet bald den gewaltigen Unterschied in der ganzen Lebensführung. In erster Linie fällt naturgemäß der Unterschied in der sogenannten materiellen Kultur auf. Die Art und Weise, wie die modernen Menschen die Waren produzieren, verteilen und verbrauchen, die gesamte Verfassung des wirtschaftlichen Lebens ist grundverschieden von der mittelalterlichen. In zweiter Linie kommt dann die Umwälzung in der staatlichen Organisation, im politischen Leben der Nationen. Und erst an dritter Stelle wird wohl auch der Umwälzung im rein geistigen Gebiet gedacht werden. Diese Reihenfolge entspricht ganz den Bedingungen des wirklichen Lebens und dem wirklichen Stande der gesamten Kultur. Es ist nicht ein Zufall, daß wir bei der Aufzählung der verschiedenen Neuperungen des Fortschritts zuerst an den wirtschaftlichen, dann an den politischen und zuletzt an den geistigen Fortschritt denken. Lange bevor der moderne Mensch reif geworden ist, um seine politischen Rechte aktiv zu verteidigen, wird er gezwungen, den Fortschritt in der Aus-

bildung der Produktions- und Verkehrsmittel „mitzumachen“. Und wenn er schon so weit ist, um das politische Leben seiner Zeit mitzuerleben, um in Wort und Tat für die Rechte seiner Persönlichkeit, seiner Partei und Klasse einzutreten, so fehlt es ihm noch lange an Ruhe, um sich in Besitz der Produkte der geistigen Kultur zu setzen.

So kommt es, daß viele sich noch lange nicht klar genug vorstellen, welche tiefe Klüft das Denken des modernen Menschen von dem Denken des mittelalterlichen trennt. Und doch ist der Unterschied hier nicht geringer als im Gebiet des technischen und politischen Lebens. Will man kurz ausdrücken, worin der moderne Mensch dem mittelalterlichen „über“ ist, so kann man sagen: der mittelalterliche Mensch kannte weder die Welt, in der er lebte, noch sich selbst; der moderne Mensch hat das Weltall und den Menschen, also sich selbst erkannt. Sind doch das die beiden Hauptpunkte, die beiden Pole, um die sich das Denken und Grübeln des Menschen von jeher gedreht hat: das Weltall und die Stellung des Menschen in demselben. Der hochgelehrte Züricher Stadtarzt Johann Jakob Scheuchzer schrieb noch im Jahre 1710 in seiner „Physica“, wenn man bedenke, wie wenig Licht die Sterne in mondloser Nacht spenden, so steigen Zweifel an ihrer Bestimmung, dem Menschen die Mächte zu erleuchten, auf. (1) Welche bösen Erfahrungen auf dem nächtlichen Heimgang in den dunklen und krummen Gassen seiner heimlichen Stadt müssen den gelehrten und frommen Mann auf diesen kezerischen Gedanken geführt haben! Heute lächelt schon ein Schulbub über solche Neuperungen. Dem modernen Menschen ist die Erde nicht mehr der Mittelpunkt der Welt, die Gestirne nicht mehr die ihm zum Dienste angelegenen Leuchten. Wie ist es dazu gekommen? Kurz gesagt, durch die mit dem Fortschritt der Wissenschaft unabwendbar eintretende gewaltige Erweiterung des

geistigen Gesichtskreises nach Raum und Zeit.

Der einzelne erlebt noch heute diese gewaltige Umwälzung an sich selbst, wenn er, von reinem Wissensdrang getrieben, sich in das Studium der Welt und der Menschheit vertieft. Wo ist der, welcher, durch Schilderung fremder Länder und Völker begeistert, sich nicht danach sehnte, diese ganze bunte Pracht der wirklichen Welt mit eigenen Augen zu schauen? Von der nächsten Umgebung schweift der geistige Blick in weite Fernen, zu den palmenumkränzten Gestaden der Sübsee und ihrer zauberhaften Inselwelt. Feuerpeiende Berge und reißende Ströme, undurchdringliches Dickicht des Urwaldes, farbenprächtige Vögel und riesenhafte wilde Tiere, fremdartige Völker mit unbegreiflichen Sitten und Gebräuchen — wo ist der, den nicht ein heimliches Verlangen nach all diesem Reichtum von Gestalten über manches Mißgeschick der harten Wirklichkeit hinweggetäuscht hätte! Doch bald wird dem Wissensdürstigen die Erde selbst zu eng. Mit kühnem Fluge erhebt sich der Gedanke weit über die Grenzen des irdischen Wohnplatzes, schweift in den weiten Fernen des Weltalls, sieht die ungezählten Sonnen mit ihren stummen Trabanten vorüberziehen, sieht die weltschwangeren Nebel im unendlichen Raume ihre Flügel ausbreiten.

Das bunte Nebeneinander von Lebensformen der Menschen auf der Erde und von Welten im Raume bleibt dem menschlichen Geiste auf die Dauer unerträglich. Man sucht nach einem Mittel, um aus dieser unerträglichen Lage herauszukommen. Man nimmt seine Zuflucht zur Zeit.

Zweierlei Arten von wissenschaftlichen Interessen kann man bei den wissenschaftstüchtigen Menschen unterscheiden, mögen es vom Schicksal begünstigte Sonntagskinder begüterter Familien oder für Wissenschaft schwärmende Proletarierkinder sein: die einen ziehen die Naturgeschichte,

\* Aus Entwicklungstheorie (Darwins Lehre), gemeinverständlich dargestellt von Dr. S. Schulz, Privatdozent für Allgemeine Biologie an der Universität Zürich. Mit 49 Abbildungen im Text. VIII und 312 Seiten. Preis broschiert M 2,50, gebunden M 3. (Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart.)

# In den Fabrikbetrieben ist während der Hochsaison die beste Zeit für die Kleinagitation unter den Nebenarbeitern! Versäume kein Mitglied die jetzige Gelegenheit und führe jeder dem Zentralverbande mehrere neue Mitstreiter zu!

haben, und diese Tatsache bildet eine blutige Perkslage auf das Donnerwort vom Sinai: „Du sollst nicht töten.“

Deutschland gibt für seinen Militarismus jährlich 1112 Millionen aus, für Bildung des Volkes 372 Millionen, also dreimal mehr für Kriegs- als für Bildungszwecke. Österreich und Frankreich geben dreieinhalbmal so viel für den Militarismus aus als für die Volksbildung, das fromme Spanien aber hat vier-, Belgien gleichfalls vier-, Holland, England und Ungarn sogar viereinhalbmal so viel Geld für militaristische als für Bildungszwecke übrig. Und Italien, der Sitz des Nachfolgers Christi, braucht sogar für sein Militär sechseinhalbmal so viel als für Schulen, das barbarische, orthodoxe Rußland aber beinahe dreizehnmal so viel für Kriegs- als für Bildungszwecke! Für letztere hat dieses Riesereich nur ganze 80 Millionen übrig, für den Militarismus aber 768 Millionen! Und dieser Staat wird hierin gar noch von dem frommen Portugal übertrumpft: Diese kleine, neugebadene „Republik“ braucht für den Militarismus 49, für die Volksbildung aber gibt sie nur ganze 3 Millionen aus.

Das sind die europäischen Staaten, die so ungeheuer stolz auf ihre Kultur und Zivilisation sind. Für Krieg und Barbarei werfen sie jährlich Milliarden hinaus. Man sagt dabei „diplomatisch“, das geschehe um der „Erhaltung des Friedens“ willen. Im Grunde genommen aber sind es imperialistische Raubgelüste, die nur den Nutznießern des Kapitalismus Profite einbringen und den Gelbbeutel der Panzerplattenpatrioten füllen. Die breiten Volksmassen aber sind gerade noch gut genug, für diese wahnfinnigen Nüchternen die Mittel aufzubringen und sich im Kriegsfall für kapitalistische und imperialistische Geistes die Knochen zu drei schießen zu lassen.

Und die Volksbildung bleibt das Stiefkind der kapitalistischen Staaten. Wozu auch mehr Wissen! Das Volk würde vielleicht zu klug und ließe sich dann nicht mehr so billig durch Steuern und Zölle schröpfen und als Kanonenfutter gebrauchen.

Die moderne Arbeiterbewegung strebt gegen Krieg und Volksverdummung, sie tritt für den Völkerverfrieden und die Hebung der Volksbildung ein. Leider ist ihr Einfluß heute noch zu gering, um einen entscheidenden Einfluß in dieser Richtung auszuüben. Streben wir deshalb wie immer für die Organisation, für Aufklärung und die Hebung der Volksbildung. Was der Staat nicht gutwillig gewährt, das verschaffe sich das Volk durch die genannten Faktoren. Diese stete Arbeit wird auch zuwege bringen, daß die heutige kapitalistische Weltordnung über den Haufen fällt und durch ein sozialistisches Gemeinwesen ersetzt wird!

Und mit dem Kapitalismus fällt dann auch der barbarische Militarismus. Dann erst ist auch die Bahn frei für wahre und umfassende Volksbildung. Nur der sozialistische Staat wird die Volksbildung an die erste Stelle setzen und damit den Aufstieg der Völker zu wahrer Kultur und edler Menschlichkeit ebnen!

## Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

An der Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden beteiligten sich im dritten Quartal dieses Jahres 51 Verbände mit 2147946 Mitgliedern. Von der Berichterstattung wurden 2081333 Personen erfasst. Als arbeitslos am Ort wurden zu Ende der letzten Woche des Septembers 27522, auf der Reise befindlich 4080, also zusammen 31602 Personen gemeldet. Das sind 1,5 pzt. des Mitgliederbestandes. Die einschlägigen Zahlen am Schlusse der letzten Augustwoche stellen sich auf 28482 und 4624, zu Ende der letzten Woche im Juli wurden

30157 Arbeitslose am Ort und 4656 auf der Reise gezählt. Die darauf basierenden Verhältniszahlen sind 1,7 und 1,8. Im Vergleich mit den beiden Vorjahren ergibt sich folgendes Bild: Es waren arbeitslos am Ende der letzten Woche des Monats

	1910	1911	1912
	%	%	%
Juli.....	1,9	1,6	1,8
August.....	1,7	1,8	1,7
September.....	1,8	1,7	1,5

Im Vergleich mit dem Vorjahre nahm die Arbeitslosigkeit heuer eine andere Verlauf. In der diesmaligen Berichtszeit tritt ein stetiger Rückgang in Erscheinung, während im Vorjahre bis zum August ein Steigen der Ziffern zu beobachten war.

Innerhalb der Verbände zeigen sich wieder erhebliche Schwankungen. So erschienen Ende September neun Verbände mit 146173 Mitgliedern mit über 3 pzt. Arbeitslosen; im August hatten mehr als 3 pzt. Arbeitslose elf Verbände mit 155742 Mitgliedern. Ende September hatte die meisten Arbeitslosen der Friseurverband mit 16,7 pzt., die Buchdrucker mit 7,4 pzt., die Hutmacher mit 6 pzt. An vierter Stelle rangiert unser Verband mit 5,6 pzt. Arbeitslosen gegen 6,3 pzt. im September 1911 und 6,6 pzt. im August dieses Jahres. Es ist also für unsere Mitglieder ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu konstatieren. Dies trifft auch auf die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit zu, die in der Verhältniszahl der Arbeitslosenfälle zum Ausdruck kommt.

Die Durchschnittszahl aus allen Verbänden beträgt für das dritte Quartal 6,8 pzt. gegen 7,1 pzt. im gleichen Quartal des Vorjahres und 6,9 pzt. im zweiten Quartal dieses Jahres. Unser Verband hatte 18,7 pzt. Arbeitslosenfälle gegen 19,8 pzt. im Vorjahre und 20,4 pzt. im zweiten Vierteljahr 1912. Mit diesen Zahlen steht unser Verband zwar hoch über dem allgemeinen Durchschnitt, es trat jedoch ein bemerkenswerter Rückgang der Fälle von Arbeitslosigkeit ein.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage im dritten Vierteljahr 1912 stellte sich bei sämtlichen Verbänden auf 1841042 am Ort, 301602 auf der Reise. Das gibt zusammen 2142644 Arbeitslosentage. Bei 140605 gemeldeten Arbeitslosenfällen würde somit die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles 16 Tage betragen haben. Von größerer Bedeutung ist die Berechnung des wirklichen Umfangs der Arbeitslosigkeit, die erfolgt, indem die Gesamtzahl der Arbeitslosentage in Beziehung gesetzt wird zur Gesamtzahl der Mitgliedertage, das heißt der Zahl der Mitglieder mal der Werktag des Vierteljahres (78). Von 100 Mitgliedertagen waren hiernach — alle Verbände zusammengenommen — im dritten Vierteljahr dieses Jahres 1,1 Arbeitslosentage. Dasselbe Zahl ist auch im zweiten Vierteljahr dieses Jahres und im dritten Vierteljahr 1911 berechnet worden. Für unsern Verband ergibt sich folgendes: Auf 100 Mitgliedertage kamen 3,8 Arbeitslosentage gegen 4,3 im Vorjahr; die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug in beiden Berichtsperioden 19 Tage. Die von den Verbänden ausgeführten Unterstützungsleistungen sind wieder sehr erheblich. Die gesamte Unterstützungsleistung betrug M 1957416; das sind M 334413 mehr als im gleichen Vierteljahr 1911. Die durchschnittliche Unterstützungsleistung, berechnet auf den Kopf der am Ort unterstützten Personen, belief sich auf M 23,86 gegen M 21,37 im Vorjahr. Die Leistungen der Verbände haben sich also wieder beträchtlich erhöht. Die Unterstützungsleistung unseres Verbandes im dritten Quartal dieses Jahres war — vor-

behaltlich nachträglicher kleiner Berichtigungen — folgende: Am Ort wurden an 1283 männliche und 35 weibliche Mitglieder für 21568 und 706 Arbeitslosentage der Betrag von M 27180 und M 376 zur Auszahlung gebracht. Auf der Reise wurden 340 Personen unterstützt, die für 1726 Tage den Betrag von M 1992 bezogen. Im Durchschnitt kamen pro Person am Ort für männliche Personen M 21,19 und für weibliche M 10,74 zur Auszahlung.

## Aus der gewerblichen Rechtsprechung.

**Vereinbarungen über Entlassung zuletzt eingestellter Arbeiter.** Im „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ finden wir nachstehendes Urteil und seine Gründe, nach dessen Studium der einfache Arbeiter sich sagen wird: Recht sprechen ist doch eine recht große Kunst! Wenn ich zehnmal glaube, der einfache Wortlaut einer Bestimmung spreche zu meinen Gunsten, so beweist mir der Berufsjurist doch, daß nicht ich, sondern der Unternehmer „im Rechte“ ist! Es handelt sich um die wichtigen Fragen:

„Inwieweit wird der Inhalt der Arbeitsordnung durch den Abschluß eines Tarifvertrages beeinflusst? Kann der Arbeitgeber sich in gültiger Weise verpflichten, bei Arbeitsmangel die zuletzt eingestellten Arbeiter zuerst zu entlassen?“ (Gewerbeordnung §§ 184 c, 122. — Urteil des Gewerbegerichts Naumburg vom 7. Mai 1912, eingekandt vom stellvertretenden Vorsitzenden Amtsrichter Dr. Lüders.)

Eine Mühlenfabrik hat für ihren Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen, in welcher tägliche Kündigung festgesetzt ist. Anfang des Jahres 1912 traten ihre Mühlenarbeiter in den Ausstand, welcher durch den am 16. Februar erfolgten Abschluß eines Tarifvertrages zwischen ihr und dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter usw. beendet wurde. In dem Vertrage ist unter „besondere Bestimmungen“ Kündigung zu jeder Stunde und ferner abgemacht worden, daß „bei eventuell eintretendem Arbeitsmangel die zuletzt Eingestellten zuerst ausgestellt“ werden sollen. Die Kläger sind am 30. März 1912 wegen Arbeitsmangel von der Beklagten entlassen worden. Sie beantragten Verurteilung der Beklagten zur Zahlung der Wochenlöhne bis zur Wiedereinstellung in den Betrieb. Ihre Entlassung sei unberechtigt gewesen, denn sie seien nicht die Jüngsten gewesen. Die Beklagte hat ausgeführt, sie sei den Bestimmungen des Tarifvertrages entsprechend vorgegangen. Die Kläger seien in den betreffenden Zweigen des Betriebes, in denen der Arbeitsmangel eingetreten, die jüngsten gewesen.

Auf gerichtliches Befragen erklärten die Parteien: die streikenden Arbeiter hätten alle dem Verband angehört und hätten durch ihn die Bedingungen der Aufnahme der Arbeit in dem Tarifvertrage festlegen lassen. Nichtorganisierte Mühlenarbeiter hätten dem Betriebe nicht angehört. Die übrigen Arbeiter (Kutscher usw.) hätten besondere Tarifverträge geschlossen.

Die Klage ist abgewiesen worden.

Aus den Gründen: Die Beklagte hat keine Einwendungen dagegen, daß der Streit nicht nach der Arbeitsordnung, sondern nach dem Tarifvertrage entschieden wird. Aber auch abgesehen von dieser Auffassung der Beklagten müßte das Gericht sich dahin entscheiden, daß der Tarifvertrag in seinen einzelnen Bestimmungen, soweit sie der Arbeitsordnung widersprechen, dieser vorgeht, wenn also die Arbeitsordnung tägliche, der Tarif stündliche Kündigung vorsieht, so würde mit den Arbeitern, die den Tarif abgeschlossen haben, stündliche Kündigung, unter entsprechender Abänderung der Arbeitsordnung als abgemacht gelten. Im allgemeinen geht nun zwar die Arbeitsord-

Erdfunde und Himmelstunde vor, die andern sehnen sich nach Geschichte. Eigentlich gehört beides zusammen, das eine oder das andere bleibt für sich allein betrieben einseitig und nützt nicht viel. Wer sich dem Studium der Geschichte zuwendet, sieht sich den gegenwärtigen Zuständen und Kämpfen entriekt, sieht sich in die Vergangenheit versetzt. Der heutige Tag knüpft an den gestrigen an, der gestrige spinn an dem Gewebe, das vorgestern begonnen wurde, weiter. Wie mit dem Raume, so hat es auch hier eigentlich gar kein Ende. Die neuere Geschichte wurzelt in der mittelalterlichen, diese in der alten, nirgends ein scharfer Absatz, nirgends ein unvermittelter Anfang. Hat uns gar der Faden der geschichtlichen Ueberlieferung im Stiche gelassen, so übernimmt die Urgeschichte die Führung. Wo nicht mehr die Chroniken die Quelle der Aufschlüsse über das Leben der weit zurückliegenden Zeiten bilden, da erzählen uns Tonfischer und Eisengeräte, Ueberreste von Festungen und ähnliches von diesem Leben. Bald ist auch kein Eisengerät mehr zu finden, nur noch steinerne Beile, knöcherne Pfeilspitzen, rohe Behausungen, aus riesigen Steinen aufgeführt und meist für die Toten bestimmt, das sind die Zeugnisse des Lebens in den Urzeiten. Bei weiterer Verfolgung gelangt man zu Spuren menschlichen Lebens, das sich offenbar schon unter ganz andern Naturverhältnissen abgepielt hat als das heutige. Man findet zweifellose Beweise dafür, daß der Mensch in Europa zu einer Zeit lebte, da ein großes Stück unseres Erdteils mit mächtigen Giseisichten bedeckt war, die zum größten Teil aus dem hohen Norden, aber auch aus den Gebirgen sich über weite Landstrecken ausgebreitet haben. So hat also nicht nur das Leben des Menschen, sondern auch die Natur selbst mannigfachen Wechsel über sich ergehen lassen. Schreitet man in der Zeit zurück, so gelangt man zu ebenso unumstößlichen Beweisen dafür, daß unser Erdteil einst auch bessere Zeiten gesehen hat. Palmenhaine und immer-

grüne Eichenwälder boten fremdartigen Tieren eine Zufluchtsstätte, Koralleninseln wurden von einem warmen Meere umspült, in dessen Fluten sich ungezählte Scharen von Rieseneidechsen tummelten.

Es befriedigt unsern Geist nur wenig, zu erfahren, daß es solche und wieder andere Lebensformen menschlicher Gesellschaften gibt, daß es solche und daneben wieder andere Weltkörper gibt. Etwas mehr Befriedigung bringt uns die Erkenntnis, daß die einen Zustände der Lebensführung der Völker den andern vorausgegangen sind, wie die einen Zustände der Erde den andern. Wer möchte denn bezweifeln, daß die Steinzeit der Eiszeit vorausging, daß die Zeit, da in Europa Palmenwälder den Boden schmückten, der grauenvollen Eiszeit vorausgegangen war. Aber das bloße Nacheinander der Erscheinungen gewährt uns doch noch nicht die volle Befriedigung. Denn es fehlt uns der Einblick in die Ursachen der Aufeinanderfolge, ebenso wie die Einsicht in die Notwendigkeit des Bestehens solcher Lebensformen menschlicher Gesellschaften nebeneinander.

Es gibt aber ein Zauberwort, das dem unbefriedigten Zustand unseres forschenden Geistes ein Ende bereitet und uns zu hohem geistigen Genuße führt. Dieses Zauberwort heißt „Entwicklung“. Das Wort stammt nicht aus Büchern, nicht aus verstaubten Folianten holt man sich die Kenntnis desselben. Nein, das ist unser eigenes Gut, es steht in unserer Seele geschrieben, noch ehe wir uns bemüht um die Dinge der Welt kümmern. Hat denn nicht jeder schon als Kind das Schwellen der Knospen beobachtet, das Hervorsprossen des Keimlings aus den verstreuten Samen, das Heranwachsen zur jattlichen Pflanze, das Entfalten der Blüten und Früchte. Ja, hat denn nicht jeder an sich schon die Entwicklung erlebt? Wie die körperlichen Verhältnisse des Erwachsenen sich erst nach und nach aus dem ursprünglicheren Zustand des Kindes heraus ent-

wickelten, so auch die geistigen Fähigkeiten. Jeder kann es mitansehen, wie die Welt der Vorstellungen beim Kinde sich von Tag zu Tag erweitert, wie die Vorstellungen von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, von Wahrheit und Irrtum ganz unbemerkt und nur Schritt für Schritt in seine Seele Einzug halten. Wir verstehen den Menschen, wenn wir sein Werden überschauen, wir beherrschen die verwickelte Gestalt, wenn wir wissen, wie sich immer neue Züge hinzugesellten, um sie zu dem zu machen, was sie ist. Das Rückenlein entwickelt sich aus dem Ei, der Schmetterling aus der Raupe, der Greis aus dem Kinde. Die Entwicklung wird uns zum Schlüssel für das Verständnis der Erscheinungen.

Könnte man das, was man an dem einzelnen Geschöpf wahrnimmt, auf die ganze Welt anwenden? Hat sich auch die Welt, hat sich auch die Menschheit entwickelt? Die Antwort auf diese Fragen verdanken wir einigen hervorragenden Denkern und Forschern der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts. Der deutsche Dichter und Denker Herder gehörte zu den ersten, die die Geschichte der Menschheit als einen Entwicklungsvorgang aufzufassen lehrten. Während noch vor wenigen Jahrhunderten selbst die gelehrtesten und geistreichsten Männer es für angemessen hielten, die Geschichte der Menschheit mit einem Fokusfokus beginnen zu lassen, mit einem erschaffenen Menschenpaar, das gleich von Anfang an im Besitz der menschlichen Eigenschaften sein sollte, so ist es für die neuere Zeit eine unabwiesbare Forderung der Vernunft geworden, den Menschen mit all seinem materiellen und geistigen Kulturbesitz als etwas ganz allmählich Gewordenes zu betrachten. Von dem ungeschliffenen Steinbeil der älteren Steinzeit bis zu der modernen Notationsmaschine und von den rohen primitiven Verständigungsmitteln bis zur heutigen drahtlosen Telegraphie; von der Reule des ungeschlachten Eiszeitmenschen bis zur raffinierten Technik

nung, welche nach § 134 c der Gewerbeordnung für die Rechtsbeziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber entscheidend ist, einem Tarifvertrag vor. Der Tarifvertrag im eigentlichen Sinne ist kein Arbeitsvertrag, durch ihn kann also keine die Arbeitsordnung beeinflussende Abrede getroffen werden; er stellt sich vielmehr nur als ein Abkommen über den eventuellen Inhalt zukünftig abzuschließender Arbeitsverträge dar. Ein Tarifvertrag dieser Art ist aber der hier fragliche Tarifvertrag nicht. Dieser hat nämlich in der Hauptsache den Charakter des sogenannten Kollektivarbeitsvertrages. Der Vertrag ist während der Streitzeit zwischen der Beklagten und den Mühlenarbeitern, welche als Verbandsangehörige sich des Verbandes als Bevollmächtigte bedienten, abgeschlossen worden. In ihm finden sich Bestimmungen über den Wiedereintritt aller streikender Arbeiter in das Arbeitsverhältnis und über die Bedeutung des Dienstalters derselben und die Anrechnung der vor dem Streik geleisteten Arbeit. Die Vertragsbeziehungen sind also nicht nur auf Seiten des Arbeitgebers — was bei einem sogenannten Firmentarifvertrag selbstverständlich ist — persönlicher Art, sondern auch auf Seiten der Arbeiter. Der Vertrag beabsichtigt also nicht nur die Regelung der zukünftig abzuschließenden Arbeitsverträge der Verbandsangehörigen, sondern hat in erster Linie die Bedingungen der individuellen Arbeitsverträge der streikenden und wieder in die Beschäftigung tretenden Arbeiter der Beklagten festsetzen wollen. Insofern gilt der Tarifvertrag unmittelbar für die Beteiligten und unterscheidet sich rechtlich nicht von dem durch einen einzelnen Arbeiter abgeschlossenen Arbeitsvertrag. (Vergleiche Landmann, Gewerbeordnung § 105, Anm. 3, Ziffer 1.) Im Verhältnis zwischen den Parteien gilt also, wenn gleich die Arbeitsordnung als solche ihre Gültigkeit behalten hat, die Kündigungsabrede als durch den Tarifvertrag geregelt. Es gilt sonach stündliche Kündigung. Das Recht der Beklagten, bei Arbeitsmangel Entlassungen vorzunehmen, ist ferner durch den Tarif so beschränkt, daß nur die Entlassung des jeweils Dienstjüngsten zulässig ist. Wenn man aber annehmen will, daß dadurch dem einzelnen Arbeiter ein Recht auf Beschäftigung, solange noch Dienstjüngere arbeiten, gegeben ist, so muß diese Wahrung als gegen den im § 122 der Gewerbeordnung ausgesprochenen Grundsatz gleicher Kündigungsfristen verstoßend, für ungültig erklärt werden. (Vergleiche Gewerbegericht Kulmbach, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Band 13, Seite 165.) Die Beklagte könnte jederzeit einen Arbeiter entlassen und für ihn einen neuen einstellen. Wenn sie aber eine Entlassung vornehmen muß, weil sie alle Arbeiter nicht beschäftigen kann — das wäre der Fall des Arbeitsmangels — soll sie nur den Dienstjüngsten entlassen können, während alle andern Arbeiter ein Recht auf Weiterbeschäftigung haben, ihrerseits aber stündlich die Arbeit niederlegen können. Der einzelne Arbeiter kann also aus der Nichtinnehaltung der Reihenfolge bei der Vornahme der Entlassungen Rechte nicht herleiten, da er nicht in der gleichen Weise gebunden ist. In dem Verhältnis zwischen der Beklagten und dem Verbandsangehörigen wird indessen die Abmachung, welche auf eine Begünstigung der dienstälteren Arbeiter in nicht zu beanstandender Weise Rücksicht nimmt, Geltung behalten können. Die Beklagte hat sich also den Klägern gegenüber nicht des Vertragsbruchs schuldig gemacht.

**Gewerkschaftliche Forderungen.**

Unter diesem Titel schreibt Dr. W. Braun, Wien, im „Kampf“ über tatsächliche Fragen im Gewerkschaftskampf: Ueber Art und Höhe der Forderungen ist Einigkeit oft nicht leicht herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, daß sich das Wünschen, wenn man nur unter Wünschenden ist, leicht ins Nebelhafte verlieren kann. Freilich ist es sehr traurig, daß man viele Forderungen als nebelhaft bezeichnen muß, sie sind oft sehr bescheiden, wenn man die erstrebte Lebenshaltung mit an den Lebensgewohnheiten der ökonomisch besser gestellten Gesellschaftsschichten. Aber nebelhaft können diese Forderungen doch sein, weil sie — bei aller tatsächlichen Bescheidenheit — zu weit entfernt sind von den bisherigen Arbeitsbedingungen, so daß sie, so wünschenswert dies wäre, vorerst nicht durchgeführt werden können, bevor nicht einige weitere Errungenschaften vorangegangen sind. Bei der Fest-

stellung wird nur zu häufig — was psychologisch und auch moralisch durchaus begreiflich ist — festgestellt, was die Arbeiter wünschen; es werden aber die leider in erster Reihe notwendigen Nachfragen und die ökonomische Erwägung unterlassen oder in den Hintergrund gedrängt, ob die Forderungen auch im Augenblick schon durchgeführt werden können. Nur zu oft wird unterlassen die Prüfung der Machtverhältnisse, der Entfernung vom gesetzten Ziel und der Erfolgsmöglichkeit, oft wird auch unterlassen die Unterscheidung von friedlich oder bloß im Kampf Erreichbarem und auch des im gegenwärtigen Augenblick auch nach der zähesten Anstrengung nicht Erreichbaren. Hier und da wird beim Ausfüllen der Forderungen unterlassen, die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die der Verwirklichung der Forderungen entgegenstehen. Bei dieser die tatsächlichen Machtverhältnisse außer acht lassenden Methode spielt die Absicht mit, mit schärferen agitatorischen Mitteln die Arbeiter, die man zum Kampfe führen will, auf das theoretisch Wünschbare und nicht auf das unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nur mit aller Kraft Erreichbare hinzuweisen. So mancher denkt eben da bloß an das, was der heutige Tag zu leisten hat, und überlegt nicht, daß diese Last unbedeutend zu Enttäuschungen und zu einer zu geringen Wertung künftig zu stellender Forderungen führen muß. Diese Methode kann zu einer Schädigung des Ansehens der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt führen, sie hat vielleicht — glücklicherweise bisher nur in geringem Maße — diese Folgen schon gezeitigt. Die Arbeiter können mißmutig werden, weil das, was ihnen in den ersten Tagen des Kampfes als das unbedingt Notwendige bezeichnet wurde, nach Wochen schweren Kampfes als nicht durchführbar nachgewiesen wird. Mit aller Energie muß den streikenden Arbeitern dann nahe gelegt werden, daß sie sich mit weniger zufrieden gestellt erklären sollen, als ihnen bei Aufstellung der Forderung als das unbedingt zu Erzwingende bezeichnet wurde.

Nicht selten werden auch im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern für den Augenblick höhere Forderungen gestellt, weil die Unternehmer gewohnt sind, immer weniger zu bieten als die Arbeiter fordern. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Methode des Handelns und des Feilschens, die die Unternehmer pflegen, die Arbeiter und ihre Vertreter nötigt, ihre Forderungen höher zu schrauben, als dies ernstlich beabsichtigt wird. So kommt ein ungesundes, sagen wir es offen, ein unsolides Moment — vor allem durch die Unternehmer und durch die Sekretäre ihrer Organisationen — in den gewerkschaftlichen Kampf, das in gleicher Weise Unternehmer wie Arbeiter stört; die Dauer der Kämpfe wird erhöht, während leider das Gefühl des Triumphes über die Errungenschaften nicht in ungetrübtter Reinheit in der Erscheinung treten kann. Deshalb wirken die erfolgreichen Kämpfe der Gewerkschaften nicht mit der vollen agitatorischen Kraft, ihre Erfolge wirken viel zu wenig begeisternd. So manche überaus bedeutungsvolle Errungenschaft hat die Organisation nicht, wie man erwarten mußte, gewaltig gestärkt, sondern nicht selten einen gewissen Mißmut bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hervorgerufen. Die Arbeiter messen nur zu oft nach abgeschlossenen Kampf ihre Triumphe nicht an den bisherigen Arbeitsbedingungen, sondern an den Forderungen, die an die Verbandsleitung gestellt wurden und von dieser beschnitten werden mußten, und die dann den Unternehmern schon verringert überreicht wurden, aber noch immer bei den augenblicklichen Machtverhältnissen nicht vollkommen durchgeführt werden konnten.

Am so ungünstiger werden die Errungenschaften — gemessen an den Forderungen — erscheinen, je länger der Kampf gedauert hat, nicht selten steht aber die Länge des Kampfes in einem ursächlichen Verhältnis mit der Unmöglichkeit, die aufgestellten Forderungen restlos durchzuführen. Die lange Dauer des Kampfes erschwert die Verhandlungen, steigert die Kriegskosten der Verbände, außerdem noch die schwer empfundenen Opfer, die jeder im Kampfe Stehende bringen muß. Die steigende Erbitterung läßt häufig Unternehmer wie Arbeiter den Augenblick verpassen, der eine Einigung möglich machen würde. Forderungen, die an sich zwar durchaus gerecht sind, zum Zeitpunkt des Kampfes aber noch nicht durchführbar sind, verlängern oft die Dauer des Kampfes weit über das notwendige Maß, machen hier und da den Friedensschluß unmöglich und schaffen oft nachhaltige Einbußen an gewerkschaftlicher Macht und Ansehen, sie führen dann zur Minderung des Vertrauens der Arbeiter in die gewerkschaftlichen Organisationen. Das nicht genügende Ueberlegen bei der Aufstellung der Forderungen hat in ver-

einzelnen Fällen die unerwartete und für unmöglich gehaltene Folge gehabt, daß manche Betriebe und ihre Arbeiter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen auf lange Zeit entzogen wurden.

Die Darlegungen des Genossen Braun können auch wir unsern Lesern nur zur nachdrücklichen Beachtung empfehlen, und besonders müssen wir die Angehörigen der Fabrikbranche auf sie hinweisen. Diese sind, im Gegensatz zu den Bäckern, welche bereits seit anderthalb Jahrzehnten umfangreiche und zahlreiche Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führen konnten und ihre Taktik schon längst immer auf das unter allen Umständen Erreichbare einstellten, erst in den letzten Jahren zu einer energischeren Aktion auf der ganzen Linie übergegangen, und es ist deshalb sehr gut zu verstehen, wenn sie jetzt beitreten, in möglichst scharfem Tempo das Veräumte nachzuholen. Vor allem sucht man natürlich die schlechtestbezahlten Arbeitergruppen auf die Höhe zu bringen, man will deren Lohnniveau mit dem anderer Berufsarbeiter schnellstens in Einklang stellen. Aber der Fluch der früheren Unterlassungssünden — der früheren Gleichgültigkeit, der Tatsache, daß man es erst zu den schlimmsten Zuständen kommen ließ, ehe man sich entschloß, die Waffe der Organisation zu gebrauchen — dieser Fluch lastet nun so schwer auf den jetzigen Verhältnissen, daß sie nicht auf einen Schlag in wünschenswerter Weise gebessert werden können. Ein schnelleres Emporsteigen ist erst ermöglicht, wenn die Organisation der Fabrikbranche auf der ganzen Linie noch ganz anders ausgebaut ist als heute. Vorläufig darf man nie vergessen, was Genosse Braun ausgesprochen und wir nochmals unterstreichen wollen, daß die Enttäuschungen, die ein verlorener Kampf oder ein gar zu winziger Vergleich brachte, zu einer Schädigung des Ansehens der Organisation führen und spätere Kämpfe keineswegs dadurch erleichtert, sondern erschwert werden.

**Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie Hamburg-Altonas.**

Die Fabriksektion unserer Hamburg-Altonaer Zahlstelle hat sich dankenswerterweise wieder einmal der Mühe unterzogen, eine Erhebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie ihres Organisationsgebietes zu veranstalten. Sie war in der Lage, diesmal so umfangreiches Material zur Stelle zu schaffen, daß sich für uns eine eingehende Bearbeitung lohnte und die Veröffentlichung des Resultates auch für weitere Kollegentreue Interesse hat. Einige Mängel, die auch bei dieser Erhebung noch zu Tage getreten sind, werden wir allerdings noch besonders hervorheben müssen. Es sind diesmal aber doch wenigstens fast alle Betriebe erfaßt worden, und die Ermittlung der Einzelgehälter, auf die besonders Wert gelegt wurde, gelang bei einem bedeutend größeren Teil der Kollegenschaft, als es früher der Fall gewesen ist. Nur aus einem Großbetrieb wurde bedauerlicherweise die Lohnfrage gar kein Einzelmaterial herbeigebracht, obgleich es auch dort wenigstens ein Teil der Beschäftigten hätte bringen können. Aber aus andern Fabriken liegt es dafür vollständig oder doch soweit vor, daß nunmehr ein völlig zutreffendes Bild der Lebenslage unserer Hamburg-Altonaer Kollegenschaft der Fabrikbranche gegeben werden kann.

Zunächst interessiert uns die Zahl der ermittelten Betriebe, ferner die Zahl der männlichen und weiblichen im Produktionsprozeß beschäftigten Personen und schließlich ihre Verteilung auf die einzelnen Branchen. Letzterem Umfange ist diesmal mit Recht größerer Wert beigelegt worden, als bei früheren Gelegenheiten.

Erfaßt wurden insgesamt 27 Betriebe, die zusammen 2524 Personen bei der Herstellung und im inneren Lager beschäftigten. Unter den Beschäftigten sind 910 männlichen und 1614 weiblichen Geschlechts; das letztere stellt demnach 63,9 pZt. Unter den männlichen sind 7 Lehrlinge mitgezählt worden. Der Prozentsatz der Arbeiterinnen — so hoch er an sich ist — steht immerhin noch etwas unter dem Durchschnitt im Reiche, wie wir ihn vor einigen Jahren bei einer Erhebung, die sich auf zirka ein Viertel aller Betriebe

des Massenmordes, auf den selbst die von Humanität überquellenden Heuchler der offiziellen internationalen Friedenskonferenzen stolz sein können, das alles ist geworden, es hat sich Schritt für Schritt entwickelt. Aus der mannigfachen Wechselwirkung zwischen den Eigentümlichkeiten des menschlichen Körpers und Geistes auf der einen Seite und den mannigfachen sich gestaltenden Lebensbedingungen auf der andern, hat sich jeder Schritt in jener Entwicklung mit Notwendigkeit ergeben. Das ist der leitende Gedanke der Geschichtswissenschaft der Gegenwart. Aus dem Nebeneinander verschiedener Lebensführungen bei den gegenwärtigen Völkern, aus den sonderbaren Ueberresten altertümlicher Sitten und Gebräuche läßt sich der Entwicklungsengang unserer eigenen Völkergruppe veranschaulichen, verstehen, in seine einzelnen Stufen zerlegen, auf seine notwendigen Vorbedingungen zurückführen.

Sollte es aber gelingen, diese Art der Betrachtung auch auf die ganze Welt anzuwenden? Wiederum sind es einige geniale Männer des achtzehnten Jahrhunderts, die zu dieser Einsicht die Grundsteine gelegt haben. Der Philosoph Kant, der Astronom Herschel und der Mathematiker Laplace, ferner aus den neunzehnten Jahrhundert die beiden deutschen Naturforscher Bunsen und Kirchhoff. Diese Männer haben der Menschheit einen Einblick in das Werden der Welten verschafft, wie er großartiger nicht gedacht werden kann. Das Weltall ist uns nicht mehr ein unverständenes Nebeneinander von Nebelmassen, Sternen und Planeten. Wir sehen vor unserm geistigen Auge die unermesslichen Nebel sich zu dichten Massen zusammenballen, wir sehen aus ihnen Weltkörper von der Art unserer Sonne entstehen. Diese senden ihr eigenes Licht aus, Licht von verschiedener Farbe, je nach dem Grade ihrer Abkühlung, je nach der Temperatur, die man von manchen von ihnen mit überraschender Genauigkeit anzugeben imstande ist. Doch die Abkühlung schreitet unaufhaltsam fort,

die unvermeidliche Folge ist die Bildung einer festen Kruste. Wasser kann sich in flüssigem Zustande niederlagern, Festländer und Meere zieren nun das Antlitz des Weltkörpers. Es kommt aber eine Zeit, wo das Wasser und selbst die Luftkühle wieder aufgeflogen werden, der Weltkörper zeigt unverkennbare Züge des Alters; endlich kommt der letzte Schlag: der Weltkörper zerfällt in Stücke, die nun fortziehen, sich im Welttraum herumzutreiben, bis sie auf ihren Wanderungen in den Bereich der Anziehung durch einen noch lebensfrischeren größeren Weltkörper geraten und nun in Gestalt von Sternschnuppen oder Meteorsteinen auf die Oberfläche des jüngeren Weltkörpers herunterregnen. Aus dem unverständenen Nebeneinander der verschiedenen Zustände der Weltkörper ist jetzt ein großartiges Bild der Entwicklung der Weltkörper geworden. Die einzelnen Weltkörper, die Sterne, die Sonne, die Erde, der Mond, sie alle sind für uns nur Beispiele für das eine oder das andere Stadium dieses großen Weltbildungsprozesses. Wir verstehen sie als die notwendigen Glieder in einer Kette von Naturvorgängen, die sich abspielen müssen, wenn einmal der Anfang gemacht wurde.

Haben wir das alles eingesehen, so eröffnet sich vor unserm geistigen Auge eine unheimlich klaffende Lücke. Auf der einen Seite ist die anthropologische Entwicklung, die allmähliche Gestaltung der Lebensverhältnisse des Menschen, eine anerkannte Sache. Auf der andern Seite ist die kosmologische Entwicklung, die Entwicklung vom Nebelfleck bis zum Planeten und bis zum Meteorstaub ebenso anerkannt. Aber dazwischen! Soll da eine unerforschte und unerforschliche Leere bestehen bleiben? Hat uns der Sternkundige bis zur Bildung des Planeten, bis zur Entstehung der Wohnstätte für Lebewesen geführt, um uns hier in diesem entscheidenden Augenblick wieder auf den alten Sokrates zu verweisen? Wo der Sternkundige uns verläßt, da kann der Archäologe, der Urgeschichts-

forscher noch nicht die Führung übernehmen. Der Mensch gehört zur Tierwelt, das weiß jeder aus der Schule. Die Tierwelt steht mit der Pflanzenwelt in mannigfachen Beziehungen; die Tierwelt ist ohne Pflanzenwelt undenkbar. Wenn in der Sternwelt alles auf ein von festen Gesezen geregeltes Werden hinweist, wenn die verschiedenen Stufen in der Lebensführung des Menschen ebenfalls nur als Stappen auf dem langen Wege seiner Entwicklung sich darstellen, wie soll die Lücke zwischen dem Erkalten des Planeten und dem Erscheinen des Menschen dem Zufall überlassen werden? Unser Bedürfnis, die Erscheinungen in ihrem Zusammenhang zu erkennen, läßt uns hier nicht ruhen, ehe wir auch für dieses Stück des Weltprozesses die Lösung gefunden haben. Es kann nicht anders sein, auch die ganze Lebewelt und der Mensch als Glied derselben ist nicht unermittelt und in fertiger Form aufgetreten, auch die gesamte Lebewelt hat ihre Entwicklung, ihre Geschichte gehabt. Dieser Gedanke nistete sich schon in den Gehirnen der Denker aus dem achtzehnten Jahrhundert ein. Doch dauerte es lange, bis er die klare Form eines zwingenden Beweises angenommen hat, dem sich kein denkender Mensch entziehen kann. Das Durchdringen, die vollständige Anerkennung dieses Gedankens gehört ganz dem neunzehnten Jahrhundert an. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts erst hat sich dieser Gedanke derart eingebürgert, daß er heute die Grundlage für die gesamten Betrachtungen über die belebte Natur bildet. Die heutige Wissenschaft von den Lebewesen — Biologie nennt man sie — steht ganz und gar im Zeichen der Entwicklungsidee.

Daß dies so geworden ist, daß verdankt die Menschheit fast ausschließlich einem Manne, dessen hellsehender Geist in dieser so schwierigen Frage der Mittelwelt und der Nachwelt die Bahn erleuchtete. Dieser Mann war Charles Darwin.

Deutschlands erstreckte, feststellen mußten. Damals wurden 66,6 pZt. Arbeiterinnen ermittelt.

Ueber die Größe der Betriebe und die Stärke der dort vertretenen Einzelbranchen bringen wir nachstehend eine ausführliche Tabelle, aus der sich ziemlich klar ergibt, wie die Arbeitsgelegenheiten für die verschiedenen Arbeitergruppen liegen.

Table with columns: Name des Betriebes, Es wird hergestellt und es sind in der betreffenden Abteilung beschäftigt Personen, Insgesamt Personen, Davon männlich, Davon weiblich, Davon Lehrlinge. Rows include various bakeries and confectioneries like 'Uhlert', 'Berg & Co.', 'Commens', etc.

Es ist also festgestellt worden, daß für Kakao und Schokolade 1374, für Dragee 11, für die Bonboncherei 85, für Laborator und Dessert 202, für Marzipan 124, für Kek, Waffeln, Biskuit, Zwieback usw. 351 und für die Verpackung 377 Personen in Frage kommen. In Hamburg-Altona wiegt demnach die Produktion von Kakao und Schokolade vor, dann folgt die Herstellung von Kek, Waffeln, Biskuits usw. Die Industrie wird auf diesen beiden Gebieten beherrscht von der Kakaofabrikation Reichardt in Wandorf und den Firmen P. W. Gaedke, Langnese, Neese & Wichmann sowie Gartmann, alle Firmen, die über 100 Personen beschäftigen, mithin zu den Großbetrieben zu rechnen sind.

Wir kommen zu den Feststellungen über die Arbeitszeit. Von einer einheitlichen Regelung derselben ist leider in den Hamburg-Altonaer Betrieben so wenig die Rede, wie anderswo. In 1 Kleinbetrieb mit 12 Personen wird noch 10 1/2 Stunden pro Tag gearbeitet, in 13 Betrieben mit 1816 Personen 10 Stunden, in 1 Betrieb mit 13 Personen 9 1/2 Stunden, in 3 Betrieben mit zusammen 61 Personen 9 1/2 Stunden, in 1 Betriebe mit 101 Personen Arbeiterinnen 9 1/2, Arbeiter 9 1/2 Stunden, in 1 mit 29 Personen 9 Stunden 20 Minuten, in 1 mit 150 Personen 9 1/2 Stunden und in 6 Betrieben mit zusammen 324 Personen 9 Stunden. Diese Ungleichheit der Arbeitszeit wird bei der Betrachtung der zu leistenden Wochenstunden noch deutlicher. Es wird gearbeitet in 1 Betriebe pro Woche Männer 60, Arbeiterinnen 58 Stunden, in 1 59 1/2, in 2 Betrieben 59, in 1 Betriebe im Winter 59, im Sommer 58, in 8 Betrieben 58, in 1 Betrieb 57, in 1 Männer 56 1/2, Arbeiterinnen 54 1/2, in 1 56, in 3 Betrieben 55 1/2, in 1 Betrieb 54 1/2, in 1 54 und in 5 Betrieben 53 Stunden!

Das ist eine sehr bunte Mustertafel, und es läßt sich nur feststellen, daß noch über 70 pZt. der Beschäftigten täglich bis zehn Stunden oder noch länger arbeiten müssen, während nur knapp 13 pZt. sich der neunstündigen Arbeitszeit erfreuen. Beschämend ist es für die Kollegenchaft, daß es meist nur die kleineren und wenig kapitalkräftigen Betriebe sind, die eine neunstündige Arbeitszeit haben, daß sie aber ihre Organisation noch nicht so weit gefräftigt haben, um auch die größeren, leistungsfähigsten Firmen alle zu einer Herabsetzung der Stundenzahl zu zwingen. Von den Großbetrieben hebt sich nur Neese & Wichmann günstig mit dem Neunstundentag ab. Selbst an den Sonnabenden ist trotz der einschränkenden Bestimmungen für die Arbeiterinnen die Arbeitszeit für alle Beschäftigten noch nicht allgemein auf acht Stunden heruntergegangen; in sechs Betrieben entläßt man wohl die Arbeiterinnen nach acht Stunden, behält aber die Männer länger zurück. Von den Firmen Fehleisen & Nicksel, Herrlich sowie dem Großbetrieb Langnese wird sogar gemeldet, daß dort die gesetzlichen Schutzbestimmungen für jugendliche Personen oft nicht eingehalten werden. Es hat also leider noch gute Wege, ehe damit gerechnet werden kann, daß die jetzt so vielfach geforderte weitgehende Verkürzung oder gänzliche Beseitigung der Arbeitszeit an Sonnabenden zum Durchbruch kommen kann. Eine Entkämpfung des Neunstundentages auf der ganzen Linie erscheint uns als die notwendigste Maßnahme, um den so wünschenswerten „englischen Sonnabend“ vorzuarbeiten. Möge die Hamburg-Altonaer Kollegenchaft also noch viel energischer als bisher nach einer Verkürzung der Arbeitszeit streben! Die Organisation kann sie nicht erkämpfen, wenn nicht hinter dieser Forderung die Mehrheit der Fabrikbranche in festgeschlossenen Reihen steht; denn gerade eine

solche Forderung ruft erfahrungsgemäß den Widerstand der Unternehmer weit mehr hervor als eine Lohnerhöhung.

Zu der langen Arbeitszeit kommt übrigens auch in Hamburg-Altona ein noch ziemlich umfangreiches Ueberstundenwesen. Von den aufgeführten Betrieben sind es nur fünf kleinere, wo die Frage nach Ueberstunden nicht mit „Ja“ beantwortet wurde, und es erscheint uns fraglich, ob hier nicht obendrein die Beantwortung verheerend unterblieb. Ebenso wurde die Frage nach Sonntagsarbeit nur viermal mit „Nein“ beantwortet.

Bei dem Kapitel „Arbeitszeit“ muß ferner darauf hingewiesen werden, daß in zehn Betrieben, darunter recht bedeutenden, der Frühbeginn morgens um 6, resp. 6 1/2 Uhr liegt. Das erscheint uns in einer Großstadt mit ihren meist weiten Entfernungen der Arbeiterwohnungen von den Betrieben und in Anbetracht des Umstandes, daß es sich hauptsächlich um Arbeiterinnen handelt, als zu zeitig. Wer den Arbeiterhaushalt kennt, weiß, daß schon das Mädchen, noch vielmehr aber natürlich die Frau und Mutter (es ist, wie wir weiter sehen werden, ein recht beträchtlicher Teil Frauen unter unsern Kolleginnen!) des morgens im Haushalt immer unumgänglich notwendige Verrichtungen hat und auch aus andern Gründen nicht so schnell auf die Straße kommt, wie der männliche Arbeiter. Es ist also unausbleiblich, daß eine Arbeiterin, selbst wenn sie nur eine halbe Stunde zu dem Wege in den Betrieb braucht, bereits lange vor 5 Uhr aufstehen muß, wenn sie rechtzeitig um 6 Uhr zur Stelle sein und nicht noch ein paar Groschen ihres Lohnes als Strafe einbüßen will. In dem zu zeitigen Beginn der Arbeit liegt also eine große Härte, und die Kollegenchaft sollte bei ihren Forderungen auch zu erreichen suchen, daß der Arbeitsbeginn allgemein auf 7 Uhr gelegt wird. Was in der Mehrzahl der Betriebe bereits möglich ist, muß in allen zugänglich sein. Ueber die nach der Arbeitszeit wichtigste Frage, die Lohnverhältnisse, werden wir in nächster Nummer das Material bringen.



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Magdeburg wurde Karl Dippe (Bonbonkocher), Buchnummer 18925, wegen Streichbruchs aus dem Verbands ausgeschlossen.

#### Der Vorstand.

N. A.: D. Ullmann, Vorsitzender.

### Quittung.

Vom 11. bis 16. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Oktober: London M. 186,25, Rißfingen 142,30, Gera 185,70, Lüdenscheid 52,80, Passau 27,20, Flensburg 238,35, Dortmund 207,80, Altenburg 77,10, Bernburg 82,90, Crefeld 51,70, Schmölln 33, Landsberg 38,50, Würzburg 154,40, Erfurt 160,70, Düsseldorf 271,30, Görlitz 200,90, Apolda 58,80, Meuselwitz 102,50, Osabrück 37,20, Oldenburg 76,70, Hagen 81,10, Rosenheim 212,10, Reiz 309,05, Hof 63,20, Stettin 253,55, Bad Reichenhall 79, Bremerhaven 188,80, Bayreuth 109,50, Breslau 543, Tangermünde 49,30, Lößnitz 81,70, Spremberg 18, Stendal 37,80, Lörrach 38,05, Wiesbaden 344,40, Mainz 232,10, Darmstadt 85,20, Grimmitzschau 140,70, Plauen 110,15, Augsburg 81,60, Schwerin 85,50, Leisnig-Böbeln 43,50, Vegesack 49,10, Rostock 120,20, Güneburg 50, Marktredwitz 31,50, Neterfen 30,20, Gelsenkirchen 49,30, Remscheid 86,40, Halberstadt 87,35, Mannheim 543,90, Jena 91,70, Forst 29,20, Schweinfurt 51,50.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Rostock M. 3.

Von Einzelnzahlern der Hauptkasse: J. H. Wriedel M. 4,50, R. W. Neustadt a. d. Orla 5, G. Sch. Haberlund 12.

Für Abonnements und Annoncen: Tangermünde M. 2,70.

Mit der Hauptkasse restieren für Oktober: Cottbus, Danzig, Elberfeld, Freiberg, Friedberg, Flinow, Kaiserlautern, Königsberg, Rudolstadt, Saarbrücken, Sonneberg, Weiskwasser.

Abrechnung ohne Geld gefandt: Brandenburg, Hildesheim, Limbach, Meck.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

Spätestens am 23. November ist der 48. Wochenbeitrag für 1912 (24. bis 30. November) fällig.

### Aus den Bezirken.

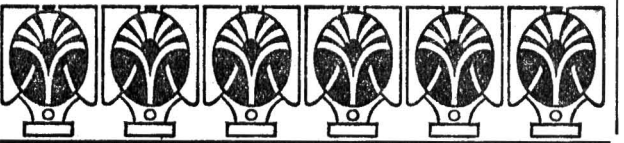
Bernburg. Die Geschäfte des Kassierers werden bis auf weiteres vom Vorsitzenden mit wahrgenommen. Die Unterfütungen werden also ausgezahlt Sonnabends von 6 bis 6 Uhr bei Heinrich Mörwes, Saalweg 4.

Freiburg i. Br. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Theodor Stutz, Theresienstraße 28, 1. Et.

### Sterbetafel.

Wiesbaden. Fritz Kollmar, Bäcker, gestorben am 14. November im Alter von 34 Jahren.

Ehre seinem Andenken!



## Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen müssen mit dem Zahlstellenempfel versehen und vom Vorsitzenden gegengezeichnet sein.)

### Bäcker.

Bezirk Görlitz. Der Bäckermeister Mühl in Moß, dessen Verhalten in der hiesigen Tagespresse bereits einer Kritik unterzogen wurde, gehört zu denjenigen, denen die Organisation ein Dorn im Auge ist. Er bewies dies jetzt aufs neue, obgleich er dem Vertreter unseres Verbandes berichtete, daß Kollegen, welche seine Gesellen aufklären wollen, jederzeit zu ihm ins Haus kommen könnten. Als aber ein Verbandsmitglied kürzlich die Gesellen besuchte, sollte er eines andern belehrt werden. Meister Mühl sagte, er solle doch nicht immer die Gesellen belästigen mit der Organisation, er solle lieber arbeiten, als hezen. Als der Kollege antwortete, es stände ihm doch frei, die Gesellen in ihrer Wohnung aufzusuchen, zumal es Herr Mühl ausdrücklich erlaubt habe, packte der Meister seine großen Kenntnisse in Schimpfreden aus, bewies dem Agitator das Haus und wollte ihn wegen Hausfriedensbruchs anzeigen. Daß ein solches Gebaren seiner Arbeiterkundschaft nicht gefallen werde, wurde ihm zwar nahegelegt, aber Herr Mühl erklärte einfach: „Ach was, Arbeiterschaft — ich pfeif auf die Arbeiterschaft, überhaupt auf Sie!“ Die organisierte Arbeiterschaft ist natürlich nur zum Brotabnehmen da, auf der andern Seite ist sie dem Herrn Meister Mühl vielleicht ganz gleichgültig. Die organisierte Arbeiterschaft hat ihm aber bisher einen großen Teil seiner Waren abgenommen — es wird ihm kaum ganz gleichgültig sein, wenn diese nun auf sein Brot verzichten. Denn ihre Organisationen lassen die Arbeiter nicht verächtlich behandeln, und sie sind ja schließlich nicht gezwungen, das schwer verdiente Geld ihren Feinden hinzutragen. Sie werden Herrn Mühl gegenüber erst recht eine abwartende Stellung einnehmen, wenn sie erfahren, daß die Behörde dringend ersucht wurde, seinen Betrieb einmal gründlich zu revidieren, da dort Zustände herrschen, die nach Ansicht von Fachleuten nicht geduldet werden dürfen.

### Fabrikbranche.

Stettin. Am 9. November fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Der Gauleiter Kollege Gehschold-Berlin sprach über die Erfolge bei den diesjährigen Lohnbewegungen und die erfolgten Tarifabschlüsse. Redner ermahnt einleitend an den Dresdner Lohnkampf im vorigen Jahre, bei welcher Gelegenheit unsere Berufsangehörigen zum erstenmal in größerem Umfang den Streit als Kampfmittel zur Verbesserung ihrer Lage benutzten, und veranschaulicht alsdann in interessanter Weise, gestützt auf persönliche Beobachtungen und Erlebnisse, die Lohnkämpfe und ihre Erfolge in diesem Jahre. Ein Diskussionsredner gab eine scharfe Kritik der hiesigen Verhältnisse in der Fabrikbranche. Wer ernstlich bestrebt ist, an der Verbesserung der Lage unserer Kollegenchaft mitzuarbeiten, dürfe nicht den Saal verlassen, ohne seinen Beitritt zum Verbands vollzogen zu haben, eine Mahnung, die erfreulicherweise befolgt wurde. Es wird erwartet, daß die neuen Mitglieder nun als wirkliche Mitkämpfer ihre Schuldigkeit tun! Nach einigen erläuternden Ausführungen des Verbandsleiters über den Kampf gegen die Nachtarbeit und die Ruhetagsbestrebungen im Bäcker- und Konditorgewerbe kam die Petition zur Abstimmung; sie wurde einstimmig angenommen. Am Sonntag, 24. November, nachmittags 3 Uhr, findet bei Riptow, König-Albert-Straße 43, unsere Mitgliederversammlung statt, welche Beschluß zu fassen hat über einen vom Kartell vorliegenden Antrag auf Einführung eines Extrabeitrages von 10 s pro Monat für männliche Mitglieder (weibliche Mitglieder bleiben davon befreit). Wir machen ausdrücklich auf diese Versammlung aufmerksam; denn wer nicht erscheint, hat sich den gefassten Beschlüssen gleichfalls zu fügen, und wird deshalb zahlreicher Besuch erwartet.

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Bäckerei.

Der Teigteilmaschinenfabrikant Louis Augustin-Leipzig als Streikbrechererzieher. In Leipzig sind im Buchhandel erste Konflikte ausgebrochen und die bei den Buchhändlern beschäftigten Transportarbeiter stehen im Streik. Dies gibt auch dem in unsern Berufskreisen bekannten Herrn Augustin Gelegenheit, nach Kräften dafür zu sorgen, daß den Buchhändlern kein Schaden geschieht. Er ist Vormund eines der Streikenden und hat an sein Mündel folgendes charakteristische Schreiben gerichtet:

Louis Augustin  
Leipziger Teigteilmaschinen-  
und Backofenbau-Fabrik. Leipzig, 11. Nov. 1912.  
Dein Chef teilt mir soeben mit, daß Du Deiner Arbeit nicht mehr nachgehst. Du hast Dich sofort wieder pünktlich an Deiner Arbeitsstelle einzufinden; denn zum Streiken fehlt es Dir wohl noch an nötigen Verstand, und macht Dich Dein Chef für jeden Schaden verantwortlich und pfändet natürlich Dein Sparfassenbuch. Solltest Du nicht morgen früh wieder arbeiten, werde ich Dich mit andern Mitteln dazu zwingen.  
Louis Augustin.

Aber das Bemühen des Herrn erwies sich als vergeblich; sein Mündel gab sich trotz der Drohungen nicht zum Streikbrecher her. Darauf erhielt die Pflegemutter des jungen Menschen sofort folgende Mahnung:

Ich habe gestern Ihrem Pflegeohn Johannes W. geschrieben, sofort wieder auf Arbeit zu gehen, was derselbe nicht für nötig gehalten hat; auch ist er nicht zu mir gekommen, wie er meinem Boten versichert hatte. Ich mache Sie dafür verantwortlich, daß er unerbü-

Sich die Arbeit wieder aufnimmt, sein Lohn wird auf M 12 erhöht. Sollte dieses nicht helfen, dann würde ich ihn durch die Polizei zur Arbeit zwingen lassen.

Schachungsvoll per Louis Augustin: Schmellen.

Nun wird sich wohl die Polizei noch hineinmischen und den Mündel des Herrn Augustin in eine Zwangsarbeitsanstalt zu bringen suchen! Gehört es auch zu den Aufgaben eines Vormundes, den Mündel zum Verrat an den Interessen der Berufskollegen zu zwingen?

Ans gegnerischen Organisationen.

Die Christlichen gegen unsere Petition. Die Zahlstelle in Passau hat zu der Petitionsversammlung auch die Mitglieder des christlichen Verbandes eingeladen. Wer aber noch der Ansicht war, daß auch die Christenführer unsere Forderung mit Nachdruck unterstützen werden und mithelfen, daß die sechsstägige Arbeitswoche für die Gesamtkollegenchaft gesetzlich geregelt wird, der ist durch nachstehendes Schreiben des Vorsitzenden der christlichen Zahlstelle, Hansbauer, eines andern belehrt worden:

Bedauern sehr, daß wir Eure Einladung in der Weise ablehnen müssen, da 1.) nicht wir Passauer-Gehilfen allein verantwortlich sind, sondern auch jene, im ganzen Regierungsbezirk. 2) ist das angegebene Lokal kein geeignetes, wen man annehmen sollte das Meister und Reichstagsabgeordnete in dieser Versammlung erscheinen sollen bzw. ihr Gutachten abgeben sollen. Wenn es den Deutschen Bäckerverbände Ernst wäre so müßte er zu einer solchen Versammlung 1.) alle, auch die aus dem Lande arbeitenden Gehilfen einladen, 2.) dan ein geeignetes Lokal (Saal usw.) das wir auch hoffen können, das auch andere maßgebende Persönlichkeiten erscheinen, wenn so vorgegangen wird, sind wir die ersten, die da mitun, weil wir sehen das alles andere Geschrei Unsinn ist und müßte das selbst, sowie jeder richtig denkender Mensch einsehen.

Wir sind uns dessen sicher, daß sich die Christlichen ob ihrer neuesten Heldentat ebensowenig schämen, als dort, wo sie bei Umständen Streikbruch organisieren.

Polizei und Gerichte.

Die Fürsorgezöglinge als Lehrlinge. In Dresden wurde kürzlich vor dem Jugendgerichtshof gegen zwei Bäckerlehrlinge verhandelt, die den tollen Plan gehabt hatten, ihren Meister und dessen ganze Familie unschädlich zu machen, sie auszurauben und dann nach Amerika auszuwandern. Beide hatten sich in einer Fürsorgeanstalt kennen gelernt und waren von dem Meister Schütze, der, wie der Gerichtsvorsitzende während der Verhandlung hervorhob, sich viel mit der Ausbildung von solchen Zöglingen beschäftigt, in die Lehre genommen worden. Meister Schütze scheint zu denjenigen zu gehören, die ein besseres Menschenmaterial sich nicht verschaffen können, oder, weil es anspruchsvoller ist, sich nicht verschaffen wollen. Denn daß er aus reiner Menschenliebe sich dieser Zöglinge annehmen wollte und das Geschick hätte, einen besonderen erzieherischen Einfluß auf geistig zurückgebliebene Menschen auszuüben, ist wenig wahrscheinlich. Einer der Zöglinge brachte es fertig, den andern, jüngeren Kameraden zu überreden, den Meister eines Tages mit dem Stollenholz niederzuschlagen zu wollen, was selbstverständlich mißlang. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten in der Tat geistig minderwertig sind und durch Schulldliteratur und häufigen Kinobesuch zu ihren phantastischen Plänen angereizt wurden. Das Gericht kam schließlich zu einem Freispruch, weil es auch die Burschen nicht für zurechnungsfähig hielt.

Wird nun Meister Schütze wieder eine neue Filiale der Besserungsanstalt errichten?

Sozialpolitisches.

Ein Konkurrenzunternehmen gegen die „Volksfürsorge“ ins Leben zu rufen, beabsichtigt eine Anzahl von Politikern. Der Plan geht hervor aus einer Veröffentlichung des „Berliner Tageblatts“ vom 7. November 1912, die folgendermaßen lautet:

Jeder Anhänger einer friedlichen Wirtschaftsentwicklung muß es begrüßen, wenn die Selbsthilfe der Arbeiter neue Einrichtungen schafft, die die organisierte Arbeiterchaft zum Unternehmer werden läßt. Nichts überbrückt die Kluft der Klassen mehr als diese Entwicklung, und nur Desperadopolitik haben ein Interesse daran, eine revolutionäre Sozialdemokratie dadurch zu züchten, daß man Arbeitergründungen verhindert oder erschwert. Vor kurzem haben bekanntlich die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen, eine eigene „Volksfürsorge“ ins Leben zu rufen, und die Urheber haben scharf und klar betont, daß ein solches Unternehmen fern ab aller Parteibestrebungen liegen müsse. Dennoch ist diese „Volksfürsorge“ der Gegenstand lebhafter Angriffe von scharfmacherischer Seite her geworden. Auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Dresden war es insbesondere der Königsberger Geheimrat Rapp, der gegen diese nützliche Selbsthilfe der Arbeiter Staat, Gesellschaft und Gesetzgebung aufzufassen zu müssen glaubte. Er ist auch der Urheber des Gedankens, dieser Arbeitergründung nun durch eine „nationale“ Konkurrenz das Leben sauer zu machen. Darüber könnte man mit Achseln hinweggehen, wenn nicht verschiedene betriebsame Politiker sich gefunden hätten, die den schönen Anlaß benutzen möchten, eine Art von Sammlungsinitiative auf dem Umweg über die nationale Volksversicherung in die Wege zu leiten. Uns ist nämlich folgendes Zirkular auf den Redaktionstisch geflattert:

Vertraulich!

Mit berechtigter Sorge haben vaterländisch denkende Männer auf die ungeheure Gefahr hingewiesen, welche der Wohlfahrt unseres Volkes aus der Gründung einer in den Dienst des Klassenkampfes sich stellenden sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ erwachsen muß. Ernsthaftige Bestrebungen sind bereits hervorgerufen, um dem drohenden Vordringen der Sozialdemokratie durch gleichartige Gegenmittel zu begegnen. Die Errichtung eigener Volksversicherungen (Sterbe-, Be-

grabversicherungen usw.) wird von namhaften, auf dem Boden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden gemeinnützigen und wirtschaftlichen Verbänden erwogen. So sehr das vom nationalen Standpunkte begriffen werden muß, so besteht die nicht zu unterschätzende Gefahr, daß hierauf gerichtete Einzelbestrebungen zu einer Zersplitterung der Kräfte führen. Die nationale Gefahr, die in dem Vorgehen der Sozialdemokratie liegt, kann erfolgreich mit kleinen Mitteln nicht bekämpft werden. Nur wenn alle, im bürgerlichen Lager zurzeit noch auseinanderstrebenden Kräfte zusammengefaßt werden, wenn der einheitlichen antinationalen Bewegung eine einheitliche nationale Gegenbewegung entgegengesetzt wird, kann durch Schaffung einer wahrhaft gemeinnützigen, groß ausgestalteten Volksversicherung die Stoßkraft des sozialdemokratischen Vorgehens aufgehoben werden.

Mittel und Wege zu finden, wie dieses Ziel zu erreichen ist, wie ein geschlossenes und wirksames Vorgehen aller national gesonnenen, an der Lösung des Volksversicherungsproblems interessierten Kreise am zweckmäßigsten bewerkstelligt werden kann, soll die Aufgabe einer ohne Berücksichtigung der politischen Parteistellung zu veranstaltenden Besprechung sein, die am 25. November 1912, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal des Landeshauses, Berlin, Matthäikirchstr. 20/21, stattfindet, und zu der wir Sie hiermit ergebenst einladen. Das einleitende Referat hat Generallandschaftsdirektor Dr. Rapp (Königsberg i. Pr.) übernommen.

Bei der ungeheuren Bedeutung der nationalen und volkswirtschaftlichen Werte, die auf dem Spiele stehen, wenn die sozialdemokratische „Volksfürsorge“, ohne auf Widerstand zu stoßen, ihren Siegeszug durch Stadt und Land halten sollte, bitten wir Sie dringend um Ihr Erscheinen und um Ihre Mitarbeit an dem Plan einer gemeinnützigen, den wirtschaftlichen Interessen der Versicherungsnehmer und ihrer Leistungsfähigkeit voll gerecht werdenden nationalen Volksversicherung. Sie ist dringend geboten! Bereits am 1. Januar 1913 wird die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ ihre Tätigkeit beginnen.

Wir bitten, uns mit tunlichster Beschleunigung diejenigen Herren unter Benutzung des anliegenden Briefumschlags zu benennen, die Ihre Organisation in der Versammlung vom 25. November d. J. vertreten sollen, damit wir ihnen die zum Eintritt berechtigenden, auf Namen lautenden Einlaßkarten rechtzeitig übermitteln können.

Berlin, im November 1912.

Staatsminister v. Möller, Vorsitzender.

v. Dewitz (Oldenburg), M. d. A.; Eichhoff, M. d. A.; Erzberger, M. d. A.; Fagbender, M. d. A., M. d. A.; v. Loebell (Senken); Freiherr v. Nichteusen (Wertschütz), M. d. A.; Schiffer, M. d. A., M. d. A.; Windler, M. d. A.

Das „Berliner Tageblatt“ gibt dem vertraulichen Zirkular folgende Bemerkung mit auf den Weg:

Der „lange“ Müller und der harmlose Herr v. Dewitz (Oldenburg) sind natürlich nur zu Dekorationszwecken akquiriert worden. „Gernach“ soll die Sache von den Herren Schiffer, Erzberger, v. Nichteusen und Eichhoff werden. Natürlich haben diese Herren nicht die Absicht, ihre eigenen Gelder bei der neuen Gründung zu riskieren. Vertrauensvoll wendet sich das Zirkular an große, kapitalkräftige Organisationen und Einzelpersonen, und die Sammlungsaktivitäten geben nur ihre Namen her. Diese Namen — besonders die des Trifoliums Erzberger-Schiffer-Eichhoff — beweisen aber deutlich die politischen Absichten des Unternehmens. Ob sie Geld für ihre Gründung in ausreichendem Maß erhalten werden, will uns allerdings noch zweifelhaft erscheinen. Zu oft sind gerade jene Organisationen, auf die man hier hofft, schon hineingefallen. Wieviel hat man dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, dem Altliberalen Reichsverband und andern sozialistenfeindlichen und Sammlungsaktivitäten treibenden Organisationen schon geopfert? Und mit welchem Mißerfolg? Und wenn wirklich die strebsamen Herren, die diese Einladung erlassen, Gelder sammeln sollten, ob sie auch die hinter ihnen stehenden politischen Parteien sammeln werden, das ist doch noch sehr die Frage. Dafür kennt man die Unterzeichner in ihren eigenen Reihen zu genau.

Die „Volksfürsorge“ kann — schreibt hierzu unter anderem die Konsumgenossenschaftliche Rundschau — mit kühlem Blute diese Dinge zur Kenntnis nehmen. Sie wird ihren Weg machen mit oder ohne Konkurrenz, und ihr wird es auch nichts schaden, wenn die Geschäftemacher, die sich hier zusammengefunden haben, den Patriotismus als Aushängeschild benutzen. Die Anschauungen über das, was der Wohlfahrt unseres Volkes dient, geben eben weit auseinander. Es ist zwar im höchsten Grade geschmacklos, mit der Klame für irgendein Unternehmen so ernst zu nehmende Dinge, wie das Nationalgefühl und die nationale Stimmung, zu verquicken. Aber neu ist ja auch das nicht. Der „Siegeszug der „Volksfürsorge“ durch Stadt und Land“, von dem die Gründer in ihrem Zirkular sprechen, wird wohl am allerwenigsten aufgehalten werden, wenn ihre Konkurrenten den Blödsinn begehen, einem wirtschaftlichen Unternehmen, wie der „Volksfürsorge“, eine „antinationale“ Etikette aufzulegen.

Internationales.

Erfolgreiche Bewegung der Fabrikkollegenschaft in Budapest. Die im Verein der Zuckerbäcker und verwandten Berufe organisierten Fabrikkollegen in Budapest haben die letzte Zeit organisatorisch recht erfreuliche Erfolge zu verzeichnen gehabt und sie konnten an die Unternehmer nunmehr einige Forderungen stellen. Es ist ein Beweis ihrer guten gewerkschaftlichen Bildung, daß sie den Hauptwert auf eine Verkürzung der Arbeitszeit legten. Sie verlangten nur, daß die jetzt sechzigstündige Arbeitszeit pro Woche auf 57 Stunden herabgesetzt werde und daß die drei Stunden Kürzung auf den Sonnabend fallen sollen. An Lohnerhöhung verlangten sie nur die Bezahlung der Wochenfeiertage und 25 pZt. Zuschlag für die Ueberstunden. Außerdem wurde für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin ein reines Handtuch und eine reine Schürze pro Woche gefordert. Die ungarischen Fabrikanten waren zunächst genau so schwerhörig wie

die anderer Länder, sie antworteten immer ausweichend und schoben eine endgültige Erledigung von Tag zu Tag hinaus. Erst als die Organisation der Arbeiterschaft energisch Vorstellung bei dem Industriellenverein erhob, schien man sich der Folgen einer weiteren Weigerung bewußt zu werden und die Verhandlungen konnten beginnen. Nach langem Feilschen kam es endlich zu einer glatten Anerkennung der Forderungen. Aber einzelne Fabrikanten führten hinterher die Verbesserungen in ihrem Betrieb nicht oder nicht voll ein. In einer Fabrik kam es zu einem viertägigen Streik und der Unternehmer mußte sich dann bequemen, auch noch diese Streikzeit zu bezahlen; in einem andern Betriebe wurde sofort nach Arbeitsniederlegung und in einem dritten Fall kurz davor eine Einigung erzielt.

Die Kollegenschaft in Budapest wird, durch diese Erfolge angespornt, nun erst recht an dem Ausbau des Verbandes weiterarbeiten. Wir ersuchen dringend, daß niemand in Ungarn Arbeit annimmt, ehe er nicht bei der dortigen Organisationsleitung oder beim internationalen Sekretariat Erkundigungen eingezogen hat.

Unsere amerikanische Bruderorganisation veranstaltet eine Urabstimmung darüber, ob ein außerordentlicher Verbandstag stattfinden soll. Einen solchen verlangt der Hauptvorstand zur Schlichtung innerer Streitigkeiten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung. Die Gesamtmitgliederzahl der Organisationen, die der Generalkommission der belgischen Gewerkschaften angehören, hatte nach einer soeben veröffentlichten Statistik Ende September d. J. 127 219 erreicht. Ende Dezember 1911 betrug sie erst 77 224. Das bedeutet einen Mitgliederzuwachs von 50 000 Mann oder 64,7 pZt. innerhalb der zehn ersten Monate dieses Jahres. Dieser Zuwachs ist zum geringeren Teile auf den Anschluß von Organisationen zurückzuführen, die bis dahin außerhalb des Verbandes der Generalkommission gestanden hatten (wie die Antwerpener Diamantarbeiter, einzelne Lokalorganisationen im Buchgewerbe und im Bergbau usw.), zum größeren Teile aber auf den Fortschritt der bereits früher ange-schlossenen Verbände. Sämtliche Organisationen haben ihre Mitgliederzahl bedeutend vermehrt. Am stärksten war der Mitgliederzuwachs bei den Transport-, Fabrik- und Bauarbeitern. Innerhalb dieser Zeitpanne von zehn Monaten brachten es die Transportarbeiter von 3394 auf 8442, die Fabrikarbeiter von 2997 auf 7100, die Bauarbeiter von 3374 auf 5600, die Handlungsgeschilfen von 2000 auf 3800, die Metallarbeiter von 22 614 auf 28 565 gahlende Mitglieder. — Diese erfreulichen Fortschritte der belgischen Gewerkschaftsbewegung, die vorher eine nahezu vierjährige Periode des relativen Stillstandes durchgemacht hatte, sind in erster Linie auf die belebende Wirkung der Zentralisationsbestrebungen zurückzuführen, die besonders im Laufe des letzten Jahres in den wichtigen Industrien zur Bildung von Nationalverbänden an Stelle der früheren föderierten Lokalbene geführt haben. Die Wahlrechtssagitation, die seit den Juniwahlen mit erneuerter Kraft eingesetzt hat, und die damit zusammenhängende Vorbereitung eines Generalstreiks hat außerdem dazu beigetragen, das Tempo dieses Wachstums der belgischen Gewerkschaften noch zu beschleunigen. Im Transportgewerbe, und zwar speziell bei den Seeleuten, kommt als besonderes Moment noch die günstige Nachwirkung der günstig verlaufenen Lohnbewegung des vorigen Jahres hinzu, ähnlich wie in England, wo dieselbe Erscheinung zutage trat. — Zieht man in Betracht, daß die Bergarbeiter des Vorjahren ebenfalls beschlossen, sich der belgischen Generalkommission anzuschließen, und daß vom 1. Januar 1913 auch die starken Lokalbene der Textilarbeiter von Werbiers durch Eintritt in ihren Nationalverband der Generalkommission ange-schlossen sein werden, so erscheint die vom Sekretär der Kommission am Schlusse seiner statistischen Aufstellung ausgesprochene Erwartung nicht unberechtigt, daß die belgische Generalkommission Anfang des nächsten Jahres mindestens 150 000 organisierte Arbeiter vertreten wird, also ungefähr die doppelte Zahl wie im Jahre vorher.

Streiks mit Stumpf und Stiel auszurotten —!

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ vermerkt natürlich mit innigem Behagen das Vorgehen der bayerischen Regierung gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband. „Mit Stumpf und Stiel“ sollen nach diesem Unternehmerrblatt „revolutionäre Tendenzen“ ausgerottet und „nicht im leisesten“ gebildet werden. „Hier geht es für Staat und Volk um Sein oder Nichtsein, und es wäre Selbstmord, wollte man nicht einmal hier mit eiserner Faust zupacken“, so legt das Heblblatt in bekannter Art los. Ihm scheint aber überdem die Gelegenheit günstig, gleich „auf Ganze“ loszugehen. Hören wir: „Es soll gewiß nicht zum Prinzip erhoben werden, daß den gewerblichen Staatsbetrieben ein besonderes Recht hinsichtlich der Arbeiterfrage eingeräumt wird. Muß sich der private Unternehmer seiner Haut wehren, so mag auch der Staat an eigenen Leibe spüren, wohin die moderne Sozialpolitik geführt hat. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Kommt die Regierung zur Einsicht, daß ein ordentlicher Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten ist mit einer im Wanne der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften stehenden Arbeiterschaft, so muß sie natürlich die Konsequenzen dieser Einsicht nicht nur für sich allein, sondern für die Gesamtheit ziehen; denn schließlich kann im übrigen der Staat natürlich leichter mit allerhand Schwierigkeiten fertig werden als der einzelne Unternehmer, der dem Terrorismus der Genossen und ihrer Anhängerschaft ohne die Machtmittel, die dem Staat zur Verfügung stehen, preisgegeben ist. Wo aber, wie im obigen Falle, nicht nur das allgemeine Verkehrsleben, sondern sogar der Bestand und die Sicherheit des ganzen Landes auf dem Spiele stehen, da wird man natürlich auch besondere Maßnahmen nicht nur gutheißen, sondern sie mit aller Entschiedenheit sogar fordern müssen!“

„Bestand und Sicherheit des ganzen Landes“ stehen ja nach dem Geschrei der Unternehmer bei j e d e m größeren

Streit auf dem Spiel, also her mit der eisernen Faust, die die Streiks allgemein mit Stumpf und Stiel ausrottet! Das sollten sich besonders die Zentrumschriften merken, deren „gebildete“ Führer sich ja bei den diversen Regierungen und ihren Geheimen Räten förmlich anbeteln mit ihrem Streikverzicht, und die glauben machen wollen, daß die Zentrumschriften ein noch sichererer Schutzwall vor Lohnbewegungen und ihren möglichen Folgen seien als selbst die unorganisierten! Weshalb die p. t. Regierungen doch nur ja die „Christen“ dulden möchten usw. im unwürdigen Text. Gibt man aber dem Kapital den Finger, so wird gleich die ganze Hand mitgeriffen, wie die Arbeiter an der Folgerung, die die „Deutsche Arbeiterzeitung“ zieht, wieder sehen.

### Allgemeine Rundschau. Außerordentlicher Internationaler Sozialistenkongress.

Der Außerordentliche Internationale Sozialistenkongress, der ursprünglich Ende Dezember stattfinden sollte, ist auf Anordnung des Internationalen Sozialistischen Bureau's bereits auf den 24., 25. und 26. November nach der „Burgallee“ in Basel zusammenberufen worden. Der Parteivorstand hat mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart, daß der Kongress durch je 40 Delegierte der Partei und der Gewerkschaften besetzt werden soll. Der Parteivorstand hat die auf die Partei entfallende Delegiertenzahl auf die Agitationsbezirke verteilt. Da die Zeit bis zum Stattfinden des Kongresses sehr knapp ist, soll die Wahl der auf die Bezirke entfallenden Delegierten zum Kongress ausnahmsweise durch die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen erfolgen.

Der Reichstag wird am 26. November wieder zu der ersten Sitzung zusammentreten, und es ist ihm außer dem Etat für 1913 bereits eine größere Anzahl von Gesetzesentwürfen oder Novellen zu Gesetzen zugegangen. Unter anderem ein Petroleummonopolgesetz, ein Gesetzentwurf über das Verfahren gegen Jugendliche, ein Entwurf zur Neuordnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und Besteuerentwürfe. Eine Reihe weiterer Vorlagen befindet sich noch in Vorbereitung, u. a. ein Nahrungsmittelgesetz. In der ersten Plenarsitzung werden Berichte der Petitionskommission gegeben werden, die zum Teil wichtige Fragen betreffen: Reichsgesetzliche Regelung des Irrenwesens; gesetzliche Regelung der Sonntags- und Nachtruhe im Wirtschafsgewerbe; Aenderung der Bestimmungen der Zivilprozessordnung über den Offenbarungseid; Erweiterung des § 1769 der Reichsversicherungsordnung; Aenderung der Prüfungsordnung für Ärzte; Aenderung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte; Befreiung der Zuerstener bei Verarbeitung von Früchten in gewerblichen Etablissements. Eine Reihe anderer Petitionen betreffen Gewährung von Pensionen und Entschädigungen.

Ueber die Präsidentenwahlfrage, die wieder zu erledigen ist, verlautet, daß die bürgerlichen Parteien gegen eine Wiederwahl Kämpfers nichts einzuwenden haben. Linksliberale Zeitungen ermahnen die Konservativen, der Wahl Kämpfers einfach durch Zuruf zuzustimmen, weil es „Anstandsspflicht“ sei, diesen für die kommende Session widerspruchlos zu wählen. Davon wollen aber „Kreuzzeitung“, „Schlesische Zeitung“ und andere nichts wissen, weil darin ein zu großes Vertrauen für die Geschäftsführung Kämpfers ausgesprochen werde. Hierzu liege aber keine Veranlassung vor, weil er die Sozialdemokraten zu ungenutzt habe sprechen lassen. Man wird also wahrscheinlich eine kleine Neuaufgabe der Wahlkommission erleben, die bei der Eröffnung der ersten Session dieses Reichstages gespielt wurde.

**Edele Seelen!** Der Charakter eines Menschen, der sich in der Hauptfrage auf die Vermittlung von Streikbrechern verlegt, muß ja an sich ein anrüchlicher sein; denn wer für seine Mitmenschen und den Kampf um eine höhere Kultur nur einigermassen Verständnis und Mitgefühl besitzt, gibt sich nicht zu einer solchen verwerflichen Tätigkeit her. Daß aber unter diesen Agenten auch Betrüger und dergl. zu finden sind, die darauf ausgehen, den Fabrikanten außer reichlichem Judaslohn noch Extraprofite abzuhändeln, ist in letzterer Zeit verschiedene Male erwiesen worden, und heute kann ein neues Beispiel gemeldet werden. In einer Metallfabrik in Schönebeck a. d. Elbe streikten die Arbeiter seit einigen Wochen, und der Betrieb fand echte Hingemänner als Kaufpreiser. Einer derselben klagte jetzt gegen die Firma wegen plötzlicher Entlassung auf Lohnentschädigung. Gelegentlich der Verhandlung hat die Firma dem Gericht folgendes mitgeteilt:

„Von den durch den Agenten vermittelten 38 Arbeitswilligen reisten 27 wieder ab; der Agent Möller reiste ebenfalls wieder ab, um dem Auftrage der Beklagten gemäß etwa weitere 70 Arbeiter zu engagieren. Er erhielt zu diesem Zwecke auf seinen Antrag M. 700 gezahlt, um diese als Reisetkosten für die zu engagierenden Arbeiter zu verwenden. Er ist jedoch mit diesem Gelde flüchtig geworden, hat irgendwelche Arbeitskräfte für die Firma nicht engagiert und ist auf Veranlassung der Beklagten vor einigen Tagen in Königsberg in Ostpreußen wegen Betrugs verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden.“

Die Streikbrecheragenten werden also oft zur Geißel für die Unternehmer, die sich nicht dazu verstehen wollen, ehrlichen Arbeitern ihre bescheidenen Wünsche zu erfüllen. Aber eine Lehre scheinen die Fabrikanten aus solchen Vorkommnissen doch nicht zu ziehen; denn die in Frage stehende Firma verhandelt schon wieder mit andern Agenten und will wahrscheinlich erst noch kräftiger betrogen werden.

**Die Fleischnot** macht auch Pfarrersfrauen rebellisch. Eine derselben hatte in ihrem Thüringer Wohnsitz durch den „Reichsboten“ von der Rebe erfahren, die Genosse Ströbel

im preußischen Abgeordnetenhaus gelegentlich der Interpellation über die Fleischnot gehalten hatte, und sie schrieb ihm folgenden vernünftigen Brief:

Sehr geehrter Herr!

Es wird Sie wundern, gerade von mir, einer Pfarrfrau vom Lande, eine Zuschrift zu erhalten. Ich habe einen Auszug Ihrer Landtagsrede zur Fleischteuerung im „Reichsboten“ gelesen und finde, daß Sie der einzige sind, der die von der Regierung getroffenen Maßregeln als völlig unzureichend hingestellt hat. Das ist eine Tatsache, die Ihnen jede Hausfrau bestätigen wird; denn trotz der vielen Einfuhr ausländischen Fleisches, die leider nur die Großstädte betrifft, ist von einem Rückgang der Fleischpreise nicht die Rede; im Gegenteil, hier auf dem Lande ist das Fleisch noch teurer geworden. Hier in abgelegener Gegend, fern der Großstadt, kostet das Pfund Schweinefleisch 1 Mk., ohne daß irgendein Zwischenhändler oder verteuerende Unkosten wie in der Stadt vorhanden wären. Wurst ist hier so teuer, daß ich vorziehe, sie aus der Stadt, wo ich sie besser und billiger haben kann, zu beziehen. Ebenso ist es mit dem Brot. Brot kostet hier schon seit Jahren direkt vom Bauern gekauft, das Pfund 2 Pf. mehr, wie in der Stadt, vom Bäcker bezogen, und ähnlich geht es mit andern Artikeln. Sie können daraus ersehen, das nicht nur Arbeiterfamilien unter der Teuerung zu leiden haben, sondern auch der Mittelstand und ganz besonders der auf dem Lande, wo er nicht selbst Produzent ist, sondern auf denselben, d. h. den Bauern, angewiesen ist. Glauben Sie nicht, daß in meiner Familie, trotzdem wir nur wenige Personen sind, bei solchen Verhältnissen viel Fleisch auf den Tisch kommt, zumal wir von der Wohlthat, die die Großstädte eben genießen, ausgeschlossen sind. Mehr wie zweimal in der Woche kann ich mir bei den geforderten Preisen den Luxus, Fleisch auf den Tisch zu bringen, nicht erlauben. Unsere Preise werden nur dann heruntergehen, wenn die Grenzen völlig frei für vorübergehende Fleisch- und Vieheinfuhr in unbeschränktem Maße geöffnet werden. Ich habe diese Tatsachen Ihnen mitgeteilt, da von konservativen Blättern dieselben bewußt totgeschwiegen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Eine Pfarrfrau.

Die Fleischnot lehrt also auch Pfarrersfrauen nachdenken. Aber eine hohe Reichsregierung wird sich daran doch nicht kehren. — Die Männer der Pfarrersfrauen sind ja von dem Brotkorbe der Regierung abhängig!

### Für die Arbeiterinnen.

**Arbeiterinnenang und Klasseninteresse.** Die bürgerliche Frauenbewegung strebt danach, die Frauen der verschiedenen politischen Parteien und sozialen Schichten unter ihr Banner zu bringen. Sie sucht auch die proletarischen Frauen, die Arbeiterinnen, für sich zu gewinnen und in sogenannte Arbeiterinnenvereine hineinzubugieren. Ihre Argumentation geht dahin, daß alle Frauen das gleiche Interesse an den Frauenforderungen hätten, und sich darum zu einer einzigen Vereinigung zusammenschließen müßten. Wohlweislich verschleiern die bürgerlichen Frauen bei ihrer Werbung um die Proletarierinnen ihre Klasseninteressen, und stellen nur die gemeinsamen Forderungen aller Frauen heraus. Um in proletarische Kreise einzudringen, verlegen sie sich auf Wohlthätigkeit und machen in Bildung, alles Mittel, um die Arbeiterinnen einzufangen.

Wie steht es in Wirklichkeit um die bürgerliche Frauenbewegung? Man findet bald, daß sie um die gemeinsamen Fraueninteressen gar nicht so sehr besorgt ist, sondern, daß ihr die Klasseninteressen alles sind. Die bürgerlichen Frauen wollen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und Ausbeutung nicht erschüttern, sie wollen die Klassenherrschaft beibehalten, ja, sie sogar fester verankern. Darum schließen sie sich den „staatsberhaltenden“ Parteien an, selbst denen, die ihnen die politische und soziale Gleichberechtigung verjagen.

Innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung haben sich zwei Gruppen gebildet; die eine Gruppe fordert die Gleichberechtigung mit dem männlichen Geschlecht, die andere ist Gegnerin dieser Forderung. Und in der fordernden Gruppe, im Verband für Frauenstimmrecht vereinigt, gibt es wieder zwei Richtungen. Die radikalere steht zu der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die andere, die größere, will sich — angeblich aus taktischen Gründen — auch gern mit dem Klassenwahlrecht begnügen. Man wird gleich sehen, warum. Die Motive aller der so verschiedenen Bestrebungen sind die gleichen: sie wurzeln in dem Wunsch nach Beibehaltung der Klassenherrschaft. Die eine Gruppe will an der Klassenherrschaft der bürgerlichen Männer teilnehmen, die andere Gruppe ist mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden und befindet sich sehr wohl im Schatten der Klassenherrschaft des männlichen Geschlechts, das ja auch ihre Klasseninteressen vertritt. Auch ohne politische Rechte haben die Frauen der kapitalistischen Schichten dank ihres Geldbeutel die Möglichkeit, ihre fast nur auf das Genußleben eingestellten Wünsche zu befriedigen. Daher sind diesen bürgerlichen Frauen die Klassenrechte, die aus dem Besitz hergeleitete Rechte, wichtiger, als die Rechte ihres eigenen Geschlechts; sie opfern sofort die letzten, wenn ihnen nur die ersten erhalten bleiben. Die andere Gruppe setzt sich zum Teil aus Intellektuellen, zum Teil aus Elementen zusammen, die durch die wirtschaftliche Entwicklung des schützenden und sorgenden Heimes herab, in die Zwangslage des Erwerbes versetzt, das Verlangen nach Anteilnahme an der Klassenherrschaft der Männer in sich tragen. Sie wollen nicht ins Proletariat hinabgeschleudert werden, da bleibt ihnen nur die Wahl, als Privilegierte an die Quellen der kapitalistischen Gewinnmacherei zu gelangen.

Ein charakteristisches Beispiel dafür, daß die bürgerlichen Frauen in erster Linie ihre Klasseninteressen und nicht die Fraueninteressen, die politische Gleichberechtigung der Frau, verfochten, lieferte die Erkaufwahl im ersten Berliner Wahlkreise am 5. November dieses Jahres. In

hellen Scharen, ja, in ganz überraschend großer Anzahl, haben da die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen für den Freisinn Wahlarbeit geleistet, für denselben Freisinn, der erst vor ganz kurzer Zeit auf seinem Parteitag in Mannheim es ablehnte, die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau in sein Programm aufzunehmen. Und in der Diskussion über diese Angelegenheit betonten Freisinnsführer, hervorragende Parteimitglieder müßten aus der Partei austreten, sobald die Forderung der politischen Gleichstellung der Frau in der Partei anerkannt und im Programm öffentlich zum Ausdruck gebracht werde, weil sie grundsätzlich Gegner der Gleichberechtigung seien. Die die Gleichberechtigung höhrende, provokatorische Haltung des Freisinn hat der Frauenrechtlerinneninbrunst zu den grundsätzlichen Verteidigern des Männervorrechts nichts geschadet. Sie leisten dem Freisinn nach wie vor Gefolgschaft, in noch gesteigertem Eifer. Die bürgerlichen Frauen unterstützen eine Partei, die die Frauen für politisch minderwertig hält, kämpfen wie wild gegen die Partei, die grundsätzlich die Gleichberechtigung der Frauen fordert und praktisch dafür eintritt, die Frau zur freien und gleichberechtigten Genossin des Mannes zu machen. Wahrlich, es kann keinen besseren Beweis für das Klasseninteresse der bürgerlichen Frauen geben, als ihre so zahlreiche Mithilfe für den Freisinn im ersten Berliner Wahlkreis!

Das Vorgehen der bürgerlichen Frauen zeigt die tiefe Kluft, die das Proletariat von ihr trennt. Nur durch Erfassen des Sozialismus werden die Frauen zu energischen Kämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frauen erzogen. Klassenbewußtsein und Klassenstolz verbieten den Proletarierinnen, gemeinsame Sache mit den bürgerlichen Frauen zu machen. Nur durch den Sozialismus gelangen sie aus der Geschlechts- und Lohnsklaverei zu den ichten Höhen der Befreiung von dem Doppeljoch.

### Technische Rundschau.

**Die Reinigung der Kochapparate in Zuckerwarenfabriken mit unzulässigen Säuren.** Die Reinigung der in der Zuckerwarenfabrikation zur Verwendung kommenden Apparate, besonders der modernen Kochmaschinen mit ihrem vielfältigen Röhrensysteme, ist bekanntlich eine etwas umständliche und zeitraubende Manipulation. Sie macht sich aber gerade in kleineren und mittleren Betrieben öfter notwendig, weil dort in der Regel nur ein solcher Apparat zur Verfügung steht und man kann es deshalb verstehen, wenn der Reinigungsprozess abzukürzen versucht wird. In einigen Betrieben scheint man aber aus Unkenntnis der dadurch eventuell entstehenden Gefahren zu unzulässigen Mitteln gegriffen zu haben. Hierauf weist eine Abhandlung des Herrn Dr. Witte vom Nahrungsuntersuchungsamt in Merseburg hin, die in der „Zeitschrift für Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln“ veröffentlicht wurde. Herr Dr. Witte bringt dort Darlegungen über seine Erfahrungen, die er mit Zuckervaren, welche schweflige Säure enthielten, gemacht hat und sie sind auch für unsere Kollegenchaft interessant genug, um sie an dieser Stelle wiedergeben zu können. Herr Dr. Witte schreibt:

„Eine Probe Bonbons, sogenannte Seidenbonbons und Drops, war in einem auswärtigen Untersuchungsamt wegen eines nicht unerheblichen Gehaltes an schwefliger Säure beanstandet worden. Die Probe soll 90–150 mg-% schweflige Säure (SO<sub>2</sub>) enthalten haben.“

Da die betreffende Fabrik im hiesigen Zuständigkeitsbezirk liegt, wurde eine auf Veranlassung des Gerichts in der Fabrik entnommene neue Probe an das hiesige Untersuchungsamt eingeliefert. Die Untersuchung ergab einen Gehalt von nur 0,4 bis 0,5 mg-% schweflige Säure.

Als Grund für den früheren Befund hatte die Fabrik angegeben, die Kochapparate seien zweimal täglich (!) mit schweflige Säure enthaltendem Wasser gespült worden. Die Verwendung von sulfithaltigem Stärkesirup erschien aus folgendem Grunde ausgeschlossen:

Nach König<sup>1)</sup> wird im Stärkesirup häufig schweflige Säure gefunden, namentlich in amerikanischen Erzeugnissen. Sie soll teils von der bei der Gewinnung der Stärke (Maisstärke) verwendeten schwefligen Säure, teils aber auch von einem nachträglichen Zusatz herrühren, der gemacht wird, um ein recht blankes Produkt zu erzielen. Bei amerikanischem beziehungsweise Maisirup kann auch die Inversion der Stärke mit schwefliger Säure in Frage kommen<sup>2)</sup>. König fand in solchen amerikanischen Sirupen 19,80–92,82 mg-% schweflige Säure; aber auch in zwei Proben aus deutschen Fabriken konnten 10,68 beziehungsweise 16,48 mg-% schweflige Säure nachgewiesen werden.

Herzfeld<sup>3)</sup> fand in amerikanischen Erzeugnissen 89–100 mg-%, in deutschen aber nur 2–17 mg-% oder gar keine schweflige Säure.

Ueber das Vorkommen von schwefliger Säure in Stärkezucker und Stärkesirup finde ich bei Röttger<sup>4)</sup> noch folgende Angaben:

H. Kreis<sup>5)</sup> fand in amerikanischen Sirupen wechselnde Mengen bis zu 157 mg-%. Matthes und Müller<sup>6)</sup> fanden in festem Stärkezucker 117,2 mg-%, in technisch reinem Stärkezucker 120 mg-%, in käuflichem, gelb gefärbtem 6 mg-%, in Stärkesirup 11,5 mg-% schweflige Säure. H. Leffmann<sup>7)</sup> weist auf die Bedenlichkeit des Vorkommens von schwefliger Säure im Stärkesirup hin und

<sup>1)</sup> J. König, Chemie der menschlichen Nahrungs- und Genussmittel 4. Auflage 1904, 2, 993.

<sup>2)</sup> J. König, Chemie der menschlichen Nahrungs- und Genussmittel, 4. Auflage 1904, 2, 850.

<sup>3)</sup> Zeitschrift des Vereins Deutscher Zuckerindustrieller 1907, 44, 611.

<sup>4)</sup> Röttger, Lehrbuch der Nahrungsmittelchemie 1910, 1, 536.

<sup>5)</sup> Jahresberichte Basel-Stadt 1895 und 1899; diese Zeitschrift 1900, 3, 142.

<sup>6)</sup> Zeitschrift öffentlicher Chemie 1903, 9, 103.

<sup>7)</sup> Diese Zeitschrift 1908, 15, 102. Ref.

fordert eine strenge Kontrolle. Er hält es aus hygienischen und nationalökonomischen Gründen für wünschenswert, den Gebrauch dieser Surrogate in allen Fällen zu verbieten, in denen sie lediglich ihrer Billigkeit wegen Verwendung finden und dabei die herkömmlichen Stoffe verdrängen (Verfälschung und Nachahmung), ganz abgesehen von den gesundheitlichen Gefahren, die mit ihrem Genuß verbunden sein können. Ich bemerke dabei, daß er außer der schwefligen Säure auch einen Gehalt an Arsen und Blei im Auge hat.

Die bei den hier untersuchten Bonbons gefundenen Mengen sind so verschwindend gering, daß sie fast in die Fehlergrenzen fallen, die durch die Arbeitsmethode bedingt sind. Die hier untersuchte Ware ist deshalb als praktisch frei von schwefliger Säure zu bezeichnen. Die anderwärts in Bonbons derselben Fabrik gefundene schweflige Säure kann andererseits gerade wegen der großen Menge nicht wohl auf die Verwendung sulfithaltigen Stärkesirups zurückgeführt werden, weil jene Mengen selbst die von König, Herzfeld und andern im Stärkesirup ermittelten nicht unerheblich überschreiten beziehungsweise ihnen gleichkommen und weil ferner die Bonbons ja nur zum kleinen Teil aus Stärkesirup bestehen.

Ueber das Vorkommen von schwefliger Säure in Zuckerverfahren sind mir nur zwei Angaben in der Literatur bekannt geworden. Zielstorff\*) erwähnt zwei Bonbonproben mit einem Gehalt an schwefliger Säure. Die Proben sollen mit einem neuen Weichmittel (Wizol) behandelt worden sein, das aus einer etwa fünfzigprozentigen Lösung von saurem Natriumsulfat bestand.

Wellenstein\*) teilt mit, daß zur Herstellung sogenannter „Liebesperlen“ schweflige Säure enthaltender Capillärstrup verwendet worden sein sollte, daß der Verdacht aber nicht bestätigt werden konnte.

Leider findet sich in der Notiz aus dem Insterburger Jahresbericht (Uebersicht über die Jahresberichte usw. für das Jahr 1907) keine Angabe über die Menge der ermittelten schwefligen Säure. Es darf aber wohl angenommen werden, daß sie nicht der im hier vorliegenden Falle mitgeteilten, anderwärts gefundenen Menge gleichkommt.

Zur Erklärung dieses Befundes kann die Angabe der betreffenden Fabrik, die Kochapparate seien mit einer schweflige Säure enthaltenden Flüssigkeit gereinigt worden, zunächst als glaubhaft angesehen werden. Die Apparate müssen dann fahrlässigerweise nicht oder nicht genügend nachgespült worden sein.

An sich ist nichts gegen die Reinigung der Kochapparate mit einer wässrigen Lösung von schwefliger Säure einzuwenden. Nur muß durch gründliches und sorgfältiges Nachspülen mit reinem Wasser die vollständige Beseitigung auch der letzten Reste der schwefligen Säure gewährleistet sein. In dem Verfahren selbst ist eine Fahrlässigkeit nicht zu erblicken — das Gericht hatte diese Frage in Erwägung gezogen —, wohl aber in der unterlassenen oder mangelhaften Beseitigung der schwefligen Säure.

Es war nun von Interesse, zu erfahren, ob eine solche Reinigungsmethode in den Bonbonfabriken überhaupt üblich oder auch nur bekannt ist. Auf Anfrage teilten mir zwei der größeren deutschen Zuckerverfahren mit, daß sie niemals die Apparate für die Bonbonfabrikation mit schwefliger Säure reinigten, daß ihnen auch nichts davon bekannt sei, daß ein solches Verfahren in anderen Fabriken üblich sei. Die von ihnen geübte, wöchentlich einmalige Reinigung mit heißem Wasser erfülle vollkommen ihren Zweck. Eine andere Fabrik teilte mit, daß die Apparate lediglich mit Dampf, heißem Wasser und Scheuersand gereinigt würden.

Eine vierte Fabrik aber bezeichnete die Reinigung der Apparate mit schweflige Säure enthaltendem Sauerwasser aus Stärkefabriken als üblich. Sie komme allerdings wegen der Transportkosten nur an Orten in Frage, in denen sich Stärkefabriken befänden.

Diese bemerkenswerte Mitteilung macht es wahrscheinlich, daß die Angaben der Fabrik, aus der die beanstandeten Zuckerverfahren stammten, zutreffen und daß der anderwärts ermittelte hohe Gehalt an schwefliger Säure auf fahrlässige Unterlassung hinreichenden Nachspülens zurückzuführen ist. Dazu kommt, daß bei zweimal täglicher (1) Reinigung mit der Gefahr einer solchen Fahrlässigkeit sehr wohl zu rechnen ist. Uebrigens gab die Fabrik an, daß sie auf Grund dieses Vorkommnisses das mitgeteilte Reinigungsverfahren aufgeben wolle.

Es kommen in der Geschichte der Nahrungsmittelchemie Fälle vor, für die man zunächst vergeblich nach einer Erklärung sucht. So teilte mir einmal ein Herr mit, daß ihm der Genuß von Zuckerverfahren, sogenannten Himbeeren, Beschwerden im Halse verursacht habe. Ich selbst konnte bei einem Versuch nichts davon bemerken; die individuelle Empfindlichkeit ist ja sehr verschieden; an schweflige Säure hätte ich aber nicht gedacht. Und doch ist es möglich, daß es sich hier um einen ähnlichen Fall gehandelt hat.

Jedenfalls erschien es zweckmäßig, die Kollegen auf einen möglichen Sulfidgehalt der Zuckerverfahren aufmerksam zu machen. Vielleicht führt diese Mitteilung zur Bekanntgabe ähnlicher Fälle.

Die Ausführungen tragen jedenfalls dazu bei, unsere Kollegenchaft davon zu überzeugen, daß jede Reinigung der Apparate mit irgendwelchen Säuren große Bedenken hat und wenn sie dennoch auf diese Art erfolgt, eine ganz gründliche Nachspülung erfolgen muß. Bekümmert trifft sogar schon zu, wenn man einen kupfernen Kessel, wie sehr oft üblich, mit Essig und Salz scheuert. Bei nicht ganz sorgfältiger Entfernung aller Spuren dieser Mischung und nachfolgender Trockenreibung des Kessels bildet sich, wenn er eine Zeitlang nicht benutzt wird, in kleinen Vertiefungen usw. immer eine Grünspannschicht. Bei den Bonbonkochapparaten, von denen oben die Rede ist, genügt aber auch eine kräftige Spülung mit heißem Wasser oder Dampf.

### Genossenschaftliches.

Unser Genossenschaftstarif hat außer den bisher bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt der Konsumverein für Elmshorn und Umgegend (für seine neuerrichtete Bäckerei). Das sind nun insgesamt 191 tariftreue Vereine, welche in ihren Bäckereien zusammen 2286 Mitglieder unseres Verbandes beschäftigen.

Der Konsumverein Meuselwitz berichtet über sein vierundzwanzigstes Geschäftsjahr. Der Gesamtumsatz beziffert sich einschließlich des Lieferantenumsatzes von M. 896 650 auf M. 2 098 778,64. Das Bäckereikonto bilanziert mit M. 896 929,38. Umgesetzt wurden für M. 271 287,80 Brot und für M. 109 456,37 Weißgebäck, Kuchen und Feingebäck. Nach reichlichen Abschreibungen usw. verbleibt ein Reingewinn der Bäckerei von M. 49 292,99 = 13,7 pSt. vom rückvergütungsberechtigten Umsatze. Beschäftigt werden zurzeit ein Backmeister, zwölf Bäcker, ein Hilfsarbeiter.

### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 7. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnommiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 24. Nummer des 29. Jahrgangs im Umfang von 20 Seiten erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 M. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Metallarbeiterverband. Jahrbuch 1911 mit Anhang. Berichte aus den Agitationsbezirken. 344 und 172 S. Selbstverlag.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Zehn Jahre Arbeiterschulung im Gastwirtsgerberbe. Preis 75 M. 176 S. Selbstverlag.

Buchbinderverband. Leitfaden für Haus- und Werkstattagitation. 52 S. Selbstverlag.

Protokoll der zweiten internationalen Konferenz am 20. und 21. Juni 1910 zu Erfurt. 39 S. Verlag Internationales Buchbindersekretariat.

Konsumgenossenschaft Berlin. Geschäftsbericht für das dreizehnte Geschäftsjahr 1911/1912. 35 S. Selbstverlag.

Konsum- und Sparverein Dortmund-Damm. Aus den zehn Lebensjahren einer Konsumgenossenschaft. 91 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband deutscher Konsumvereine. Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Zehnter Jahrgang, 1912. Zwei Bände. Verlagsanstalt Heinrich Kaufmann & Co., Hamburg.

Konsumverein „Haushalt“ für Sagan. Geschäftsbericht über das zwölfte Geschäftsjahr 1911/12. 31 Seiten. Selbstverlag.

Die Ohrenerkrankung, eine Selbst- oder Bakterienvergiftung. Wie entgiftet oder heilt man dieselbe radikal durch ein praktisch erprobtes hygienisch-diätetisches Behandlungsverfahren? Für Laien populär bearbeitet von Dr. med. Walser. Preis 60 M. 5. Auflage. Hof-Verlagsbuchhandlung Ebmud und Demme, Leipzig.

Kinderschutzkommission von Berlin. Tätigkeitsbericht für 1911/12. 22 Seiten. Verlag Vorwärts, Berlin.

Die Lebensverhältnisse als Schicksal der proletarischen Jugend. Ein Vortrag von Hermann Barentzin. 20 Seiten.

### Anzeigen.

Unsern werten Kollegen Reinhold Stenzel nebst seiner lieben Braut Betty Fuchs  
 :: zur Vermählung ::  
 die herzlichsten Glückwünsche!  
 [M. 8] Zahlstelle Hanau a. M.

Unsern werten Kollegen Walter Voigt und seiner lieben Braut in Tam bach  
 die herzlichsten Glückwünsche  
 zur Vermählung!  
 [M. 3] Zahlstelle Gotha.

Unsern Kollegen, dem Backmeister O. Kunkel nebst seiner lieben Braut Anna Eckermann  
 die herzlichsten Glückwünsche  
 zur Verlobung  
 Die Kollegen der Firma Breier & Gödeke (Pfeffertuchfabrik) Wismar i. M.  
 [M. 5]

Mündener Bäcker und Konditorgehilfen bedcken Ihren Bedarf am besten bei Gg. From, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

## Bäckerei-Grundstück

mit Inventar, Einfahrt und Stallung billig zu vermieten oder zu verkaufen. [M. 2,50] Hamburg, Vereinsstr. 74

In einem aufblühenden Industrieort Süd-Hannovers ist ein Neubau mit vollständiger

## Bäckerei

und Wohnung zum 15. Dezember dieses Jahres zu vermieten (Preis M. 750), eventuell auch zu verkaufen. Sonst keine Bäckerei vorhanden. Kantinenbedarf, wo 600 Mann arbeiten zugesichert. [M. 5]

Näheres durch Ferd. de Vries, Obergöhen.

### Geschäfts-Übernahme.

Meinen werten Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, daß ich die bisher von Herrn Gustav Lüdders, Hamburg, Lincolnstr. 10, betriebene

### Gastwirtschaft

käuflich übernommen habe. Werde bestrebt sein, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Unter Zusicherung bester Bedienung bittet um geneigten Zuspruch Hochachtungsvoll Hugo Romstedt. [M. 6]

Bezugnehmend auf vorstehende Mitteilung danke ich allen Bekannten für das mir bisher bezeigte Wohlwollen und bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen. Hochachtungsvoll Gustav Lüdders. [M. 4]

### Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

### Berliner Bäcker! \* Tanz-Unterricht!

Schönhauser Allee 28. \* Bäcker-Verkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends. Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schulz.

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

### Sonntag, 24. November:

Aalen: 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bayreuth: Im Restaurant Brey, Kirchgasse. — Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Gotha: Im Volkshaus „Zum Mohren“. — Hennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei Daber, Mollteplatz. — Sonneberg (Öffentlich): 3 Uhr, „Zur Hofburg“, Schanzstraße. — Stadthagen: 4 Uhr bei Wedderhahn, Echtenstraße. — Stettin (Allgemeine Mitgliederversammlung): 3 Uhr bei Liptow, König-Albert-Strasse 43.

### Dienstag, 26. November:

Rüstringen: 3 Uhr bei Buddenberg, Peterstraße. — Straubing: 1½ Uhr, „Bamberger Hof“, Seminarstraße.

### Mittwoch, 27. November:

Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15. — Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — München (Konditoren): Im Gasthof „Zum goldenen Lamm“, Zweigstraße 4. — Traunstein: 2 Uhr, „Zum Löwen“.

### Donnerstag, 28. November:

Esslingen: 3 Uhr, „Zur neuen Welt“, Milchstr. 5. — Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — Stuttgart (Bäcker): 8 Uhr in der „Vopserhalle“, Christophstraße 24; (Konditoren): 8 Uhr in der „Vopserhalle“, Christophstr. 24.

### Sonntag, 1. Dezember:

Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Coburg: 3 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. — Crefeld: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Ecke Breite- und Stefanstraße. — Dortmund: 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fellingstraße. — Duisburg: Vorm. 10½ Uhr im „Wienershaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — Flensburg: 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schlossstraße. — Geesthacht: 8½ Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — Helmstedt: Bei Lehmann, Holzberg 7. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 28. — Hof: Vorm. 10 Uhr, „Zum goldenen Gans“. — Limbach i. S.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. — Luckenwalde: 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beelitzer Straße. — Marktreuth: 2 Uhr bei Göb, Schreinersberg. — Meuselwitz: 2 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — Potsdam: 2 Uhr bei Gausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — Rostock: 2½ Uhr, Beguinenberg 10. — Schmöln i. S.: 2 Uhr in der „Germania“, Crimmitschauer Straße. — Suhl: 8 Uhr in Dombergs „Anficht“. — Tangermünde: 8 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — Thorn: 2 Uhr. — Ulm: 8 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — Uetersen: Vorm. 10 Uhr bei Sievers. — Vegeack: 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Nolfs-Straße 55. — Weimar: 3 Uhr im Volkshaus. — Wehlar: 3 Uhr bei Jordan, Lahnstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befindlichkeitsstr. 57. — Verlag von O. Mannmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

\*) Jahresbericht Insterburg 1907.  
 \*) Jahresbericht Trier 1910.